

136

Wirtschaftsprognose
Economic Forecast

März 2025

Frühlings-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2025–2026

Drittes Rezessionsjahr verstärkt Reformdruck

Sperrfrist: Donnerstag, 27. März 2025, 10:00 Uhr



INSTITUT FÜR
HÖHERE STUDIEN
WIEN

Frühlings-Prognose der
österreichischen Wirtschaft
2025–2026
Drittes Rezessionsjahr verstärkt Reformdruck

Holger Bonin
Martin Ertl
Ines Fortin
Daniela Grozea-Helmenstein
Jaroslava Hlouskova
Helmut Hofer
Sebastian P. Koch
Robert M. Kunst
Michael Reiter
Felix Schröter
Klaus Weyerstraß



INSTITUT FÜR
HÖHERE STUDIEN
WIEN

Autor:innen

Holger Bonin, Martin Ertl, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian P. Koch, Robert M. Kunst, Michael Reiter, Felix Schröter, Klaus Weyerstraß

Titel

Frühlings-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2025–2026
Drittes Rezessionsjahr verstärkt Reformdruck
Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 136

Kontakt

Holger Bonin

Wissenschaftlicher Direktor
T +43 1 59991-125
E holger.bonin@ihs.ac.at

Helmut Hofer

Prognoseverantwortlicher
T +43 1 59991-251
E hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

Internationale Konjunktur und Außenwirtschaft
T +43 1 59991-233
E klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Melanie Gadringer

Pressesprecherin
T +43 1 59991-212
E gadringer@ihs.ac.at

Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien
T +43 1 59991-0
F +43 1 59991-555
www.ihs.ac.at
ZVR: 066207973

Alle Inhalte sind ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder des IHS aus dem Inhalt dieses Werks ist ausgeschlossen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Zusammenfassung	7
2	Die internationale Konjunktur	15
2.1	Überblick.....	15
2.2	Länder und Regionen	18
3	Perspektiven der österreichischen Wirtschaft	32
3.1	Außenwirtschaft	32
3.2	Privater Konsum	33
3.3	Investitionen	35
3.4	Öffentliche Haushalte	39
3.5	Löhne und Inflation.....	41
3.6	Arbeitsmarkt	43
3.7	Monetäre Entwicklungen	45
4	Tabellenanhang.....	49

Drittes Rezessionsjahr verstärkt Reformdruck

Im vergangenen Jahr verharrte die österreichische Wirtschaft in der Rezession und das Bruttoinlandsprodukt ging um 1,2 % zurück. 2025 wird nach Einschätzung des IHS das dritte Rezessionsjahr in Folge. Im Jahresdurchschnitt 2025 dürfte die heimische Wirtschaftsleistung um 0,2 % schrumpfen. Die Budgetkonsolidierung durch die neue Bundesregierung dämpft dabei das Wachstum um 0,3 Prozentpunkte. Ein vorsichtig anziehender privater Konsum, niedrigere Zinsen als im Vorjahr und eine Belebung im Euroraum sollten aber dazu führen, dass Österreichs Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte wieder auf einen verhaltenen Wachstumskurs einschwenkt. Im kommenden Jahr dürfte die Wirtschaft um 1,1 % wachsen. Mit 2,9 % dürfte der Auftrieb der Verbraucherpreise im laufenden Jahr etwas stärker ausfallen als in der Winter-Prognose des IHS erwartet. 2026 wird die Inflationsrate voraussichtlich auf 2,0 % zurückgehen. Das IHS erwartet eine Zunahme der Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2025 auf 7,5 %, gefolgt von einem leichten Rückgang im kommenden Jahr auf 7,3 %. Mit einer Eskalation der von der Trump-Administration ausgelösten internationalen Handelskonflikte sind erhebliche Abwärtsrisiken verbunden.

1 Einleitung und Zusammenfassung

Die österreichische Wirtschaft befindet sich inzwischen in der längsten Rezession der Zweiten Republik. Im vergangenen Jahr ging die heimische Wirtschaftsleistung um 1,2 % zurück. In den letzten acht Quartalen wurden, mit einer Ausnahme, negative Wachstumsraten gegenüber dem Vorquartal verzeichnet. Im Schlussquartal 2024 fiel die Wirtschaftsleistung gegenüber dem Vorquartal um 0,4 %.

Im Jahr 2024 stagnierte, trotz kräftig wachsender Realeinkommen, der Konsum der privaten Haushalte. Die Investitionstätigkeit war das zweite Jahr in Folge sehr schwach. Die Bauinvestitionen gingen um 5,4 % zurück, bei den Ausrüstungen betrug der Rückgang 1,8 %. Die geringe Dynamik der europäischen Wirtschaft, die zurückliegenden Energie- und Lohnkostensteigerungen, die hohen Finanzierungskosten und Baupreise sowie die globale Unsicherheit drückten auf die Investitionstätigkeit. Die Schwäche der Exportmärkte sowie die stark gestiegenen Lohnstückkosten führten zu einem Rückgang der Exporte um 4,3 %. Aufgrund der schwachen Binnennachfrage und der Vorleistungsverflechtungen mit den Exporten lagen die Importe um 5,0 % unter dem Vorjahresniveau. In sektoraler Betrachtung hielt die Rezession in der Sachgüterproduktion (-5,5 %) und am Bau (-4,4 %) an. Hingegen verzeichnete der öffentliche Bereich im weiteren Sinne ein Wachstum von 2,0 %.

Laut den aktuellen Daten ist die heimische Wirtschaftsleistung im vierten Quartal des Vorjahres um 0,4 % geschrumpft. Für das erste Halbjahr 2025 deuten die

vorliegenden Frühindikatoren auf eine Stagnation der Wirtschaftsleistung hin. Das IHS geht aber davon aus, dass sich die Konsumstimmung weiter aufhellt und eine fallende Sparquote die negativen Effekte der im Gang befindlichen Budgetkonsolidierung auf die Konjunktur abfedern wird. Niedrige Zinsen und eine Belebung der Industriekonjunktur im Euroraum sollten dazu führen, dass die heimische Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte wieder auf einen, aufgrund der Strukturprobleme allerdings nur sehr verhaltenen, Wachstumskurs einschwenkt. Für den Jahresschnitt 2025 erwartet das IHS einen leichten Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,2 %. Im kommenden Jahr wird die Wirtschaft laut Prognose um 1,1 % zulegen.

Die Weltkonjunktur expandiert weiterhin mit mäßigem Tempo. Im Schlussquartal des Vorjahres ist die US-Wirtschaft noch um 0,6 % gewachsen. Im Euroraum legte die Wirtschaft um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal zu, nach 0,4 % im dritten Quartal. In den Schwellenländern nahm die konjunkturelle Dynamik, getragen insbesondere von China, etwas zu. Im Laufe des heurigen Jahres dürfte sich das Wachstumstempo in den USA deutlich verlangsamen, hingegen zeigen sich Anzeichen für eine allmähliche Belebung der Wirtschaft in Europa. Die Entwicklung der internationalen Konjunktur in den Jahren 2025 und 2026 schätzt das IHS wie folgt ein: Die US-Wirtschaft dürfte mit Raten von 1,9 % und 1,8 % expandieren. Für den Euroraum werden Wachstumsraten von 1,0 % und 1,4 % erwartet. Die chinesische Wirtschaftsleistung dürfte um 4,5 % und 4,3 % zulegen. Für die Weltwirtschaft bedeutet dies in beiden Jahren jeweils ein Wachstum von 3,1 %.

Trotz stark steigender Realeinkommen hat im Vorjahr der private Konsum in Österreich nur stagniert. Im Jahresverlauf hellte sich die Konsumstimmung aber leicht auf. Das IHS erwartet, dass sich das Verbrauchervertrauen weiter verbessert und der private Konsum heuer um 0,8 % zulegt. Die Budgetkonsolidierung dämpft die Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen. Die prognostizierte Zunahme des Konsums speist sich jedoch aus einer von 11,6 % im Vorjahr auf 9,7 % deutlich sinkenden Sparquote. Im nächsten Jahr dürften die Sparquote weiter bis auf 9,1 % zurückgehen und der Konsum der privaten Haushalte um 0,9 % zulegen.

Die Bruttoanlageinvestitionen sind in den letzten beiden Jahren kräftig gesunken. Pessimistische Unternehmenserwartungen, eine niedrige Kapazitätsauslastung sowie hohe Lohn- und Energiekosten haben die Investitionstätigkeit belastet. So fielen die Ausrüstungsinvestitionen im Vorjahr um 1,8 %. Die genannten Faktoren wirken weiterhin, zusätzlich belastet die hohe wirtschaftliche Unsicherheit die Investitionstätigkeit der Unternehmen. Stützend dürfte dagegen der Rückgang der Finanzierungskosten wirken. Alles in allem erwartet das IHS für das laufende Jahr einen weiteren Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen um 1,3 %. Erst im kommenden Jahr dürften diese mit der Erholung der Konjunktur wieder um 1,0 % steigen. Im

vergangenen Jahr sanken die Bauinvestitionen um 5,4 %. Ihr Tiefpunkt dürfte mit einem weiteren Rückgang um 0,5 % in diesem Jahr erreicht werden. Die Verbesserung der Finanzierungsbedingungen und die Aufhellung der Konjunktur dürften eine langsame Trendwende erlauben. Das IHS rechnet aber erst für das Jahr 2026 mit um 0,5 % leicht anziehenden Bauinvestitionen. Diese Prognosen bedeuten, dass die realen Bruttoanlageinvestitionen insgesamt im laufenden Jahr um 0,9 % zurückgehen und im kommenden Jahr um 0,8 % expandieren dürften.

Die heimische Exportwirtschaft leidet weiterhin unter der schwachen Industriekonjunktur sowie dem Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit aufgrund der vergleichsweise hohen Lohn- und Energiekostensteigerungen. Nach einem Rückgang der realen Warenexporte um 5,9 % im vergangenen Jahr dürften die heimischen Warenexporte im laufenden Jahr mit einem Plus von 0,3 % annähernd stagnieren und im kommenden Jahr um 1,5 % zulegen. Die Dienstleistungsexporte dürften etwas stärker expandieren. Darum erwartet das IHS für die Gesamtexporte eine Zunahme um 0,5 % bzw. 1,8 %. Dies bedeutet allerdings, dass die heimische Exportwirtschaft im Prognosezeitraum weitere Marktanteilsverluste verzeichnet. Nach einem Rückgang um 5,0 % im Vorjahr dürfte laut IHS-Prognose die Importtätigkeit mit der anziehenden Binnenkonjunktur und den stärkeren Exporten um 0,7 % bzw. 1,6 % zunehmen.

Im Jahresverlauf 2024 ist die mit dem Verbraucherpreisindex gemessene Inflation, insbesondere aufgrund der sinkenden Energiepreise, zurückgegangen. Die Inflationsrate erreichte in den Monaten September und Oktober mit 1,8 % ihren Tiefpunkt. Mit dem Auslaufen der fiskalpolitischen Ausgleichsmaßnahmen im Energiebereich ist die Inflationsrate zu Jahresbeginn 2025 jedoch wieder auf 3,2 % angestiegen. Im Februar betrug die Kerninflation (Index ohne Nahrungsmittel und Energie) 3,4 %. Gegeben die schwache Konjunktur und die langsamer steigenden Lohnstückkosten sollte der Preisauftrieb im Jahresverlauf etwas nachlassen. Darum erwartet das IHS eine Inflationsrate von 2,9 % im Jahresdurchschnitt 2025. Weil von der Energie im kommenden Jahr kein preistreibender Impuls mehr ausgehen dürfte, prognostiziert das Institut für das Jahr 2026 eine Inflationsrate von 2,0 %.

Die anhaltende Rezession strahlt auf den Arbeitsmarkt aus. Im historischen Vergleich erweist sich die Arbeitsmarktlage aber immer noch als recht stabil. In der saisonbereinigten Betrachtung stagniert in Österreich die Beschäftigung seit Jahresmitte 2023. Aufgrund des Beschäftigungsaufbaus im öffentlichen Sektor im weiteren Sinne hat die Beschäftigung im Jahresschnitt 2024 trotz der Rezession noch geringfügig (0,2 %) zugelegt. Mit der Aufhellung der Binnenkonjunktur sollte die Beschäftigung im laufenden Jahr im selben Tempo steigen. Für das Jahr 2026 wird eine weitere Beschäftigungszunahme von 0,5 % erwartet. Zugleich dürfte die Arbeitslosenquote

ausgehend von 7,0 % im Vorjahr heuer weiter auf 7,5 % ansteigen und erst nach dem Ende der Rezession im Jahr 2026 auf 7,3 % zurückgehen.

Für das Jahr 2024 rechnet das IHS mit einem Defizit der öffentlichen Haushalte von 4,0 % des BIP. Da der geplante Doppelhaushalt 2025/26 noch nicht ausverhandelt ist, bleibt die Einschätzung der Entwicklung der öffentlichen Haushalte allerdings mit hoher Unsicherheit behaftet. Die vorliegende Prognose berücksichtigt die an die Europäische Kommission gemeldeten Konsolidierungsmaßnahmen im Ausmaß von 6,4 Mrd. Euro. Daraus ergibt sich ein Budgetdefizit von 3,2 % in beiden Prognosejahren. Weil die 3-Prozent-Marke aufgrund der schwächeren Konjunktur überschritten wird, besteht somit weiterer budgetärer Konsolidierungsbedarf.

Die Frühjahrsprognose des IHS ist mit gravierenden Abwärtsrisiken behaftet. Die politische Unsicherheit ist in Folge der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten stark gestiegen. Die disruptive Wirtschafts- und Außenpolitik der neuen Administration, insbesondere die Umsetzung der angekündigten drastischen Erhöhung von Einfuhrzöllen sowie die eventuellen Gegenmaßnahmen, könnte den Welthandel gravierend belasten. Zudem könnte die Inflation in den USA steigen und eine restriktivere Geldpolitik nach sich ziehen und somit die wirtschaftliche Dynamik in den USA und das globale Wachstum stark einbremsen. Die vorliegende IHS-Prognose berücksichtigt hinsichtlich Europas lediglich die Wirkungen der bereits in Kraft gesetzten US-Zölle auf Stahl und Aluminium.

Weitere Risikofaktoren bestehen im Inland: Die Maßnahmen zur Erreichung der von der neuen Bundesregierung gesetzten budgetären Einsparziele sind nicht vollständig fixiert. Je nach Ausgestaltung könnten damit stärkere negative Wachstumseffekte verbunden sein als für die vorliegende IHS-Prognose unterstellt. Des Weiteren geht das IHS davon aus, dass die privaten Haushalte so sehr Vertrauen fassen, dass die zuletzt ungewöhnlich hohe Sparquote deutlich zurückgeht. Eine anhaltend sehr hohe Sparquote würde die Entwicklung des privaten Konsums deutlich dämpfen, so dass ein für den erwarteten Konjunkturumschwung zentraler Impuls wegfiel. Schließlich könnte die verringerte preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie die Investitionstätigkeit dauerhaft belasten.

Aufwärtsschancen für die heimische Wirtschaft, insbesondere für die Industrie, könnten sich aus der anlaufenden Verstärkung der Rüstungsprogramme aufgrund einer verschlechterten Sicherheitslage in Europa ergeben, sowie aus der nach einer Lockerung der nationalen Schuldenregeln möglichen massiv expansiven Fiskalpolitik in Deutschland. Allerdings dürften sich die davon ausgehenden Nachfrageimpulse auf die Konjunktur heuer noch nicht voll entfalten. Kurzfristige Effekte dürften sich primär über eine Aufhellung der Wirtschaftsstimmung in Erwartung neuer künftiger Exportchancen ergeben.

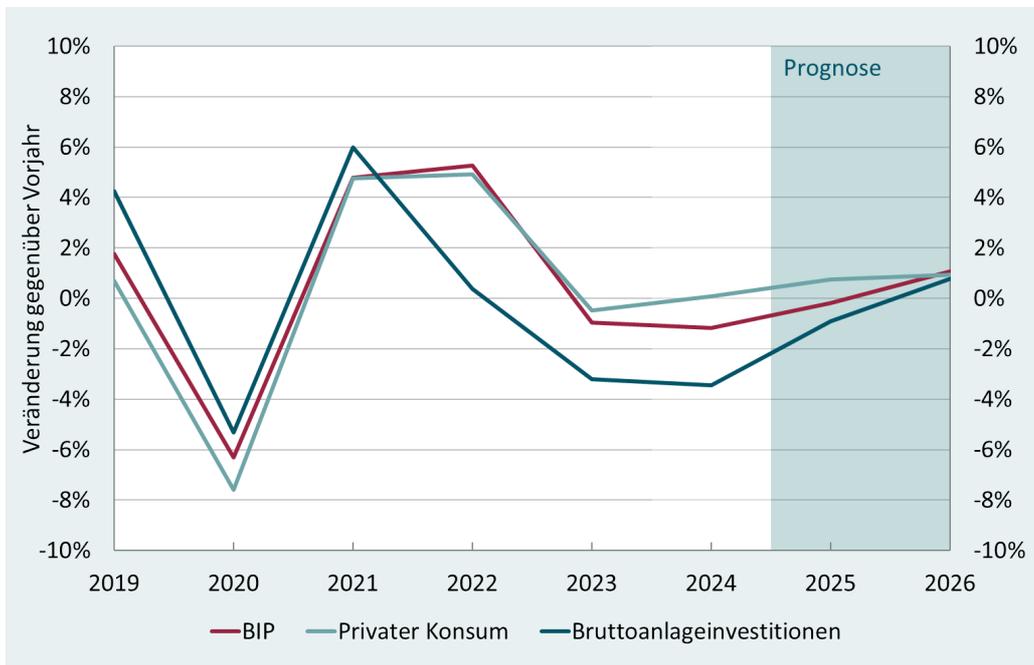
Tabelle 1: Hauptergebnisse der IHS-Prognose
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2024	2025	2026
Bruttoinlandsprodukt, real	-1,2	-0,2	1,1
Privater Konsum, real	0,1	0,8	0,9
Bruttoinvestitionen, real	-7,4	-0,9	2,7
Bruttoanlageinvestitionen, real	-3,4	-0,9	0,8
Ausstattungsinvestitionen, real	-1,8	-1,3	1,0
Bauinvestitionen, real	-5,4	-0,5	0,5
Inlandsnachfrage, real	-1,6	-0,1	0,9
Exporte i. w. S., real	-4,3	0,5	1,8
Waren, real (laut VGR)	-5,9	0,3	1,5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	1,5	1,8	2,0
Importe i. w. S., real	-5,0	0,7	1,6
Waren, real (laut VGR)	-7,1	0,4	1,5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	4,4	2,0	2,0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	0,2	0,2	0,5
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ⁱ	7,0	7,5	7,3
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ⁱ	5,2	5,4	5,3
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	8,3	3,3	2,3
Preisindex des BIP	3,1	2,3	2,0
Verbraucherpreisindex	2,9	2,9	2,0
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP	-4,0	-3,2	-3,2
3-Monats-Euribor ⁱ	3,6	2,4	2,3
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen ⁱ	2,8	3,1	3,1

ⁱabsolute Werte

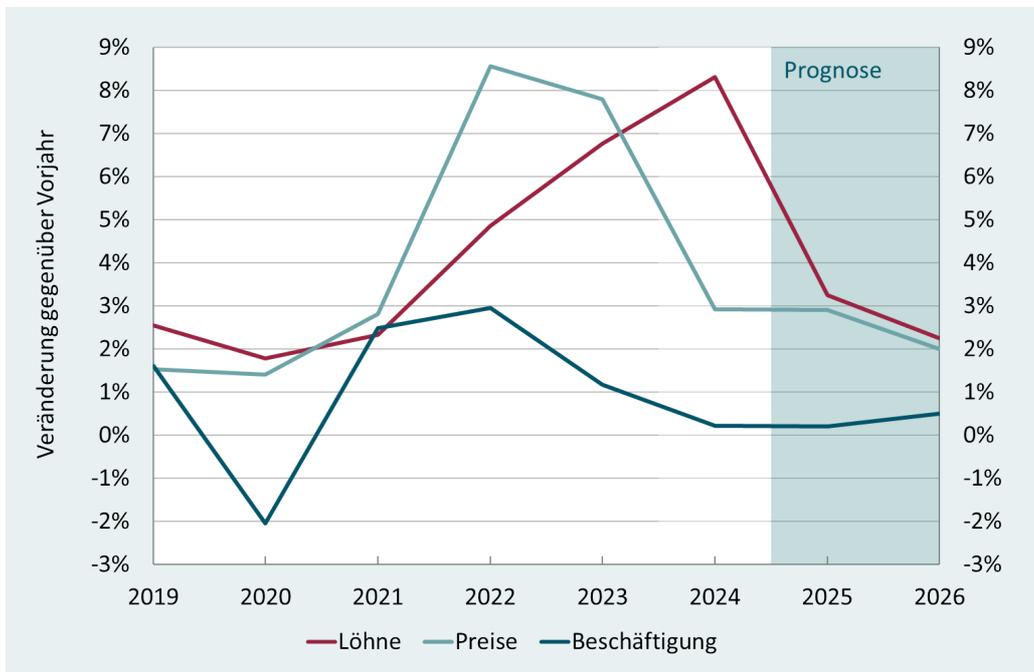
Quelle: Statistik Austria, LSEG Datastream, ab 2025 Prognose des IHS

Abbildung 1: BIP, Privater Konsum und Bruttoanlageinvestitionen, real



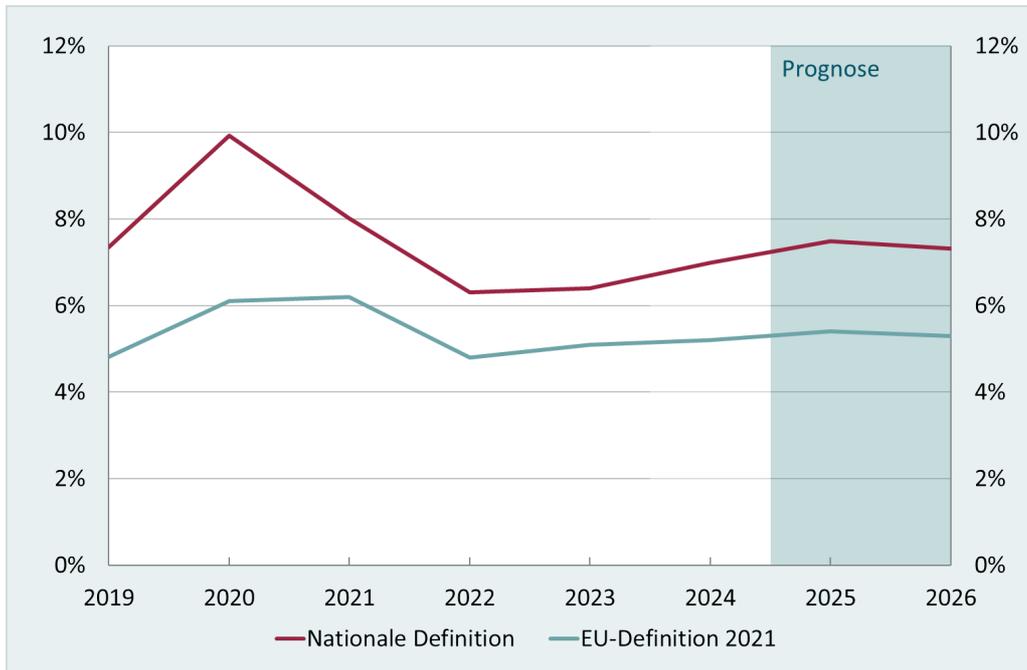
Quelle: Statistik Austria, ab 2025 Prognose des IHS

Abbildung 2: Löhne, Preise und Beschäftigung



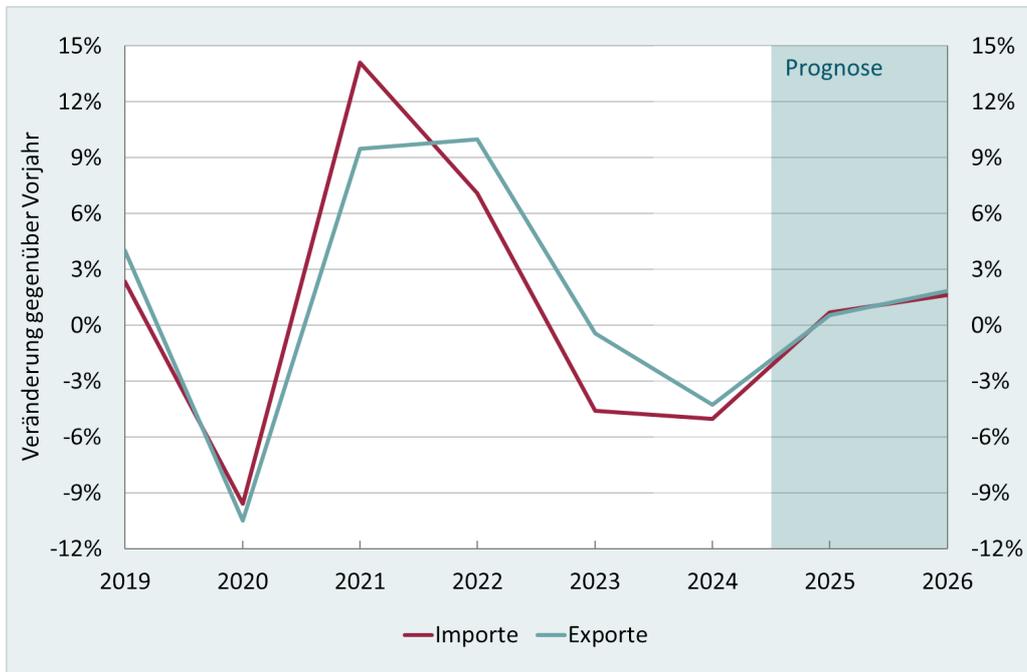
Quelle: Statistik Austria, Dachverband der Sozialversicherungsträger, ab 2025 Prognose des IHS

Abbildung 3: Arbeitslosenquote



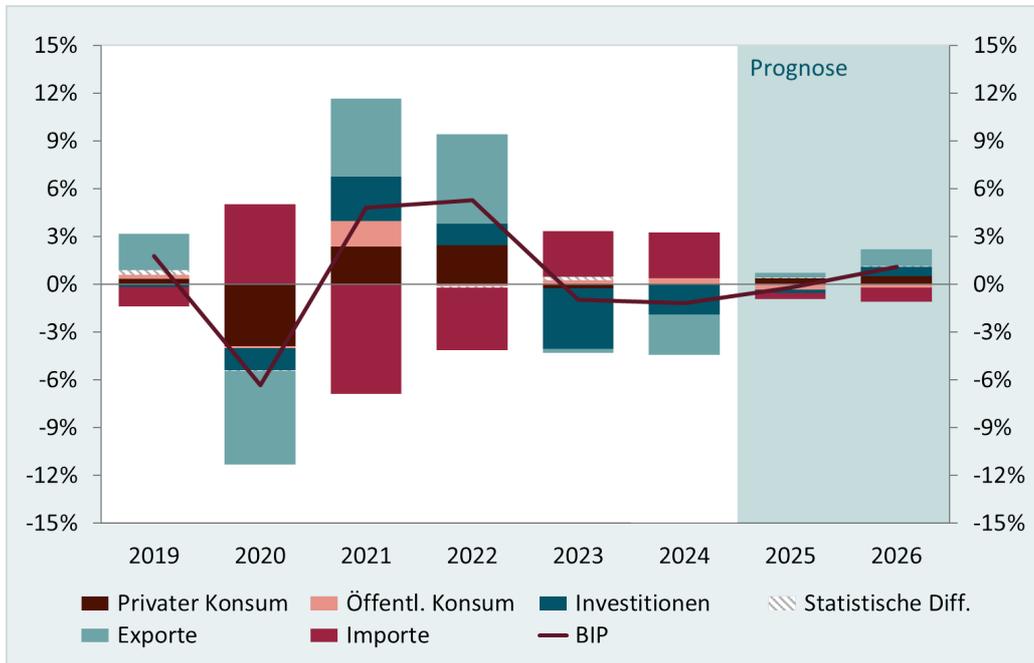
Quelle: AMS, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, ab 2025 Prognose des IHS

Abbildung 4: Importe (i. w. S.) und Exporte (i. w. S.)



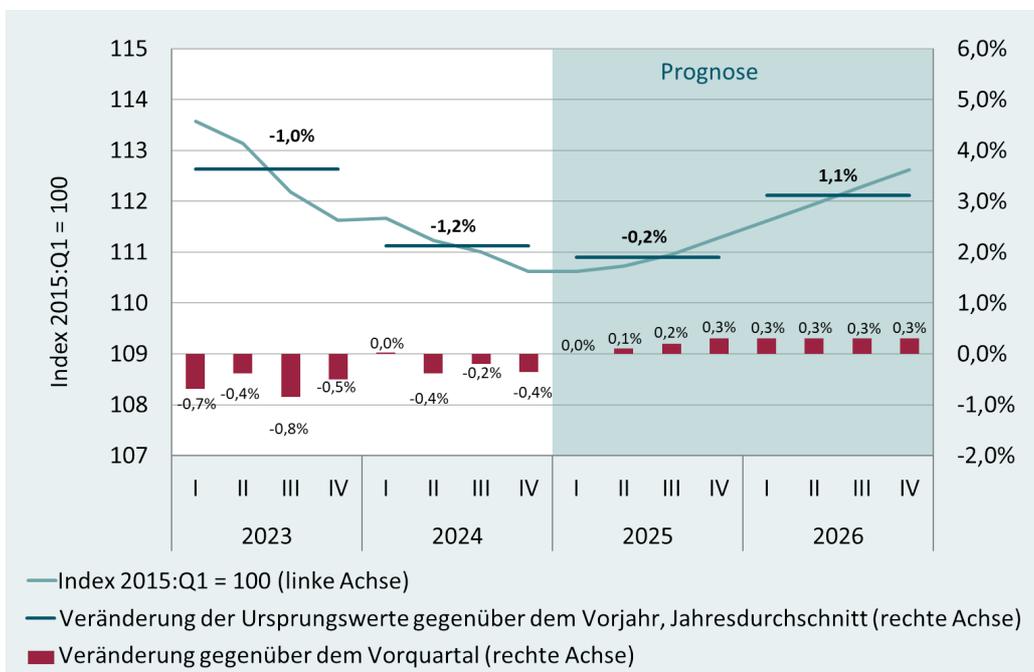
Quelle: Statistik Austria, ab 2025 Prognose des IHS

Abbildung 5: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen, ab 2025 Prognose des IHS

Abbildung 6: Reales Bruttoinlandsprodukt
saison- und kalenderbereinigter Verlauf



Quelle: Statistik Austria, ab 1. Quartal 2025 Prognose des IHS

2 Die internationale Konjunktur

2.1 Überblick

Die **Weltwirtschaft** steht im Frühjahr 2025 unter dem Einfluss der erratischen US-Handelspolitik. Im vierten Quartal 2024 war die konjunkturelle Entwicklung weiterhin regional und sektoral heterogen. Die Wirtschaftsleistung expandierte in den USA, in China und in Japan schwungvoll, während die Konjunktur im Euroraum und im Vereinigten Königreich verhalten war. In den Schwellenländern war die Entwicklung uneinheitlich. In Indien hat sich die Expansion leicht beschleunigt. In Mexiko ging die Wirtschaftsleistung zurück, während sie in Brasilien weiter gestiegen ist, wenn auch deutlich schwächer als in den Vorquartalen. Für Argentinien gibt es Anzeichen für eine Erholung.

Die globale Industrieproduktion nahm im vierten Quartal nach Daten des CPB saisonbereinigt um 1,0 % zu. Das Wachstum wurde vor allem von den Schwellenländern sowie den fortgeschrittenen Volkswirtschaften in Asien getragen, während die Industriekonjunktur in Europa und den USA träge blieb. Auch der weltweite Warenhandel entwickelte sich im vierten Quartal robust. Er nahm um 0,7 % gegenüber dem Vorquartal zu, womit das Expansionstempo aus dem Sommer nahezu beibehalten wurde. Auch hier war die Entwicklung regional heterogen. Auf der Exportseite wurde die Zunahme vor allem von den Schwellenländern getragen, während die Ausfuhren der fortgeschrittenen Volkswirtschaften den CPB-Daten zufolge teils deutlich zurückgingen. Auf der Importseite wurde der Warenhandel, wie bereits im dritten Quartal, vor allem von den Einfuhren in die USA gestützt. Das regionale Bild des Welthandels deutet darauf hin, dass Vorzieheffekte wegen der angekündigten Zollerhöhungen der USA eine treibende Kraft gewesen sein dürften. Der RWI/ISL-Containerumschlagindex stieg zwar im Jänner und machte den Rückgang vom Dezember wett, aber in der Tendenz stagniert er seit vergangenem Sommer und deutet somit nicht auf eine baldige Beschleunigung des globalen Warenaustauschs hin.

Die Inflationsrate ist zuletzt kaum noch gesunken. In der Gruppe der OECD-Länder stiegen die Verbraucherpreise im Jänner um 4,7 %, womit die Inflation seit Oktober nahezu unverändert ist. In den USA belief sich die Teuerung auf 3,0 %, nach 2,9 % im Dezember. Maßgeblich dafür, dass die Inflationsrate in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften nicht weiter zurückging, waren wieder höhere Energiepreise. Hartnäckig blieb die Teuerung vor allem bei den Dienstleistungen, wo sich die Kombination aus den kräftigen vorangegangenen Lohnerhöhungen und nur maßvollen Produktivitätsfortschritten bemerkbar macht. Die Kerninflation ohne Energie und

Lebensmittel belief sich im Aggregat der OECD-Länder im Jänner auf 4,8 %, was im Monatsabstand einem Rückgang um 0,1 Prozentpunkte darstellt.

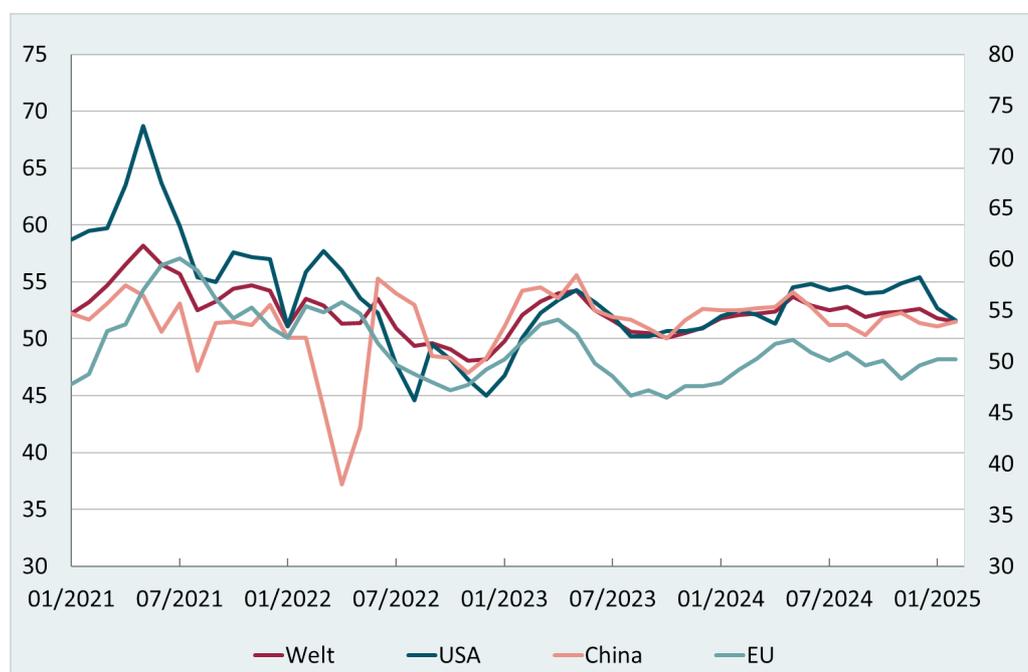
Der Ölpreis hatte zu Beginn des Jahres 2025 deutlich angezogen, wozu die weiterhin aufrechten Förderkürzungen der OPEC+-Staaten ebenso beigetragen haben dürften wie neue Sanktionen der USA gegen den russischen Ölsektor. Anfang März gaben die OPEC+-Staaten bekannt, in den kommenden Wochen ihre Fördermengen schrittweise auszuweiten. Dies dürfte den Trend zu wieder sinkenden Ölpreisen stützen, der bereits seit Februar zu beobachten ist. Auch die Sorgen hinsichtlich der negativen Auswirkungen der US-Zölle auf die Konjunktur dürften die Ölpreise dämpfen. Im Ergebnis kostete ein Barrel Erdöl der Nordseesorte Brent bei Abschluss der Prognose rund 72 US-Dollar und damit etwa 4 % weniger als zu Jahresbeginn, nachdem Mitte Jänner mit 81,50 US-Dollar der höchste Wert im bisherigen Jahresverlauf erreicht worden war. Auf Basis der Notierungen an den Terminmärkten wird für die Prognose ein Ölpreis von 70,6 US-Dollar je Barrel im Jahr 2025 und von 66,8 US-Dollar im Jahr 2026 unterstellt. Der Gaspreis in Europa ist vom Beginn des Jahres bis Mitte Februar kräftig gestiegen. Am 10. Februar kostete eine MWh zur Lieferung in einem Monat am niederländischen Handelsplatz TTF rund 58 Euro. Zu dem Anstieg hatten niedrige Temperaturen, das Auslaufen des Transitvertrags für russisches Pipelinegas durch die Ukraine und im Vergleich zu den vergangenen Jahren geringe Füllstände der Gasspeicher in Europa beigetragen. Zuletzt gaben die Notierungen wieder nach, und bei Abschluss dieser Prognose kostete eine MWh Erdgas mit 43 Euro etwas weniger als zu Jahresbeginn. Die Preise für Industriemetalle wie Aluminium, Nickel und Kupfer sind im bisherigen Jahresverlauf um rund 7 bis 10 % gestiegen.

Die unterschiedliche Entwicklung der Inflation und die Erwartungen hinsichtlich der Inflationwirkungen der angekündigten US-Importzölle haben dazu geführt, dass die Zentralbanken die Leitzinsen in unterschiedlichem Ausmaß und Tempo gesenkt haben. Daher liegt der Einlagensatz im Euroraum derzeit um etwa zwei Prozentpunkte unter dem Leitzins in den USA, wo die Spanne aktuell von 4,25 % bis 4,50 % beträgt. Dieses Zinsdifferenzial dürfte dazu beigetragen haben, dass der Euro zwischen Anfang Oktober 2024 und Mitte Jänner 2025 rund 8 % abgewertet hatte. Seitdem hat der Euro allerdings den größten Teil des Wertverlustes wieder aufgeholt und notierte bei Abschluss dieser Prognose mit rund 1,08 US-Dollar je Euro um rund 5 % höher als zu Jahresbeginn. Hierzu könnte beigetragen haben, dass mit der erratischen Politik des US-Präsidenten inzwischen auch die Sorgen um die US-Konjunktur zugenommen haben. Für die Prognose wird ein Wechselkurs von 1,09 USD/EUR in beiden Prognosejahren eingestellt.

Im Prognosezeitraum dürfte die Weltwirtschaft weiterhin moderat zulegen. Darauf deuten Frühindikatoren wie die globalen Einkaufsmanagerindizes hin (Abbildung 7).

Der Einkaufsmanagerindex (EMI) für die Gesamtwirtschaft befand sich im Februar mit 51,5 Punkte oberhalb der Schwelle von 50 Punkte, die ein Produktionswachstum im Monatsvergleich anzeigt. Allerdings ist der Index im Februar recht deutlich gesunken. Der EMI für die Dienstleistungen ist nach wie vor deutlich höher als jener für das Verarbeitende Gewerbe, aber auch der EMI für das Verarbeitende Gewerbe deutet inzwischen auf eine zaghafte Erholung hin. Alles in allem dürfte das globale Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr und im kommenden Jahr jeweils um 3,1 % steigen. Für die Gruppe der OECD-Länder werden Wachstumsraten von jeweils 1,7 % erwartet. Der weltweite Warenhandel steigt laut IHS-Prognose im laufenden Jahr um 1,7 % und im Jahr 2026 um 1,6 %.

Abbildung 7: Einkaufsmanagerindizes in ausgewählten Ländern und Regionen



Quelle: LSEG Datastream

Die bereits mehrfach angekündigten und wieder ausgesetzten US-Zölle auf Importe aus Kanada und Mexiko sowie die inzwischen in Kraft getretenen Zölle für Importe aus China sowie für sämtliche Einfuhren von Stahl- und Aluminium, Gegenmaßnahmen der Handelspartner und die im Raum stehenden weiteren Zölle beeinträchtigen den Welthandel und die Industrieproduktion. Modellsimulationen legen nahe, dass die Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt geringer als jene auf den Außenhandel sein werden, aber die globale Wirtschaftsleistung dürfte dennoch schwächer als ohne die Zollerhöhungen expandieren. Wie stark Welthandel, Wirtschaftsleistung und Inflation in den Weltregionen belastet werden, lässt sich gegenwärtig kaum quantifizieren, weil die konkrete Ausgestaltung der Zölle hinsichtlich der erfassten

Volkswirtschaften und Waren sowie das Ausmaß der Reaktionen der Handelspartner nicht absehbar sind. Jedenfalls dürfte allein die hohe handelspolitische Unsicherheit die Wirtschaftsaktivität beeinträchtigen. Wie erratisch die US-Handelspolitik ist, zeigt die Inkraftsetzung und bereits nach wenigen Tagen erneute (teilweise) Aussetzung der Zölle auf Importe aus Kanada und Mexiko. Abseits der Handelspolitik gehen auch von den geopolitischen Unsicherheiten, etwa hinsichtlich der Entwicklung im Umfeld des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, im Nahen Osten sowie rund um Taiwan, konjunkturelle Risiken aus.

2.2 Länder und Regionen

Im **Euroraum** ist die saisonbereinigte Wirtschaftsleistung im vierten Quartal 2024 um 0,2 % gestiegen, nachdem sie im dritten Quartal um 0,4 % zugelegt hatte. Die Abschwächung ist wesentlich auf das Wegfallen von Sondereffekten wie z. B. den Olympischen und den Paralympischen Spielen in Paris zurückzuführen, die im Sommer die Konjunktur gestützt hatten. Dies zeigt sich auch darin, dass sich unter den vier größten Volkswirtschaften des Euroraums vor allem in Frankreich die Konjunktur abschwächte. Nachdem dort das BIP im dritten Quartal um 0,4 % gestiegen war, ging es im vierten Quartal um 0,1 % zurück. In Deutschland blieb die Entwicklung schwach und die Wirtschaftsleistung sank um 0,2 %. In Italien nahm das BIP um 0,1 % zu, während in Spanien das Wachstum mit 0,8 % so kräftig blieb wie im gesamten Jahresverlauf.

Auf der Entstehungsseite stagnierte im vierten Quartal die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe, in der Bauwirtschaft stieg sie um 0,2 %. Alle Dienstleistungsbereiche mit Ausnahme der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen sowie des Bereichs Kunst und Unterhaltung sowie sonstige Dienstleistungen expandierten. Dabei profitierte der Handel von den steigenden Realeinkommen. Entsprechend lieferte auf der Verwendungsseite der private Konsum einen positiven Wachstumsbeitrag. Auch der öffentliche Konsum sowie die Anlageinvestitionen wurden im vierten Quartal ausgeweitet, während die Exporte und die Importe jeweils um 0,1 % gegenüber dem Vorquartal zurückgingen. Im Gesamtjahr 2024 nahm die Wirtschaftsleistung um 0,9 % zu. Dabei kamen vom privaten und dem öffentlichen Konsum positive Wachstumsbeiträge, während die Anlageinvestitionen sanken. Die Exporte nahmen um 1,0 % zu, während die Importe nur um 0,2 % stiegen. Auf der Entstehungsseite ging die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe und im Bauwesen weiter zurück, während die Dienstleistungen ihre Wertschöpfung steigerten.

Der Arbeitsmarkt ist nach wie vor robust, wenngleich sich der Beschäftigungsaufbau zuletzt abschwächte. Im vierten Quartal nahm die Zahl der Erwerbstätigen um 0,1 %

gegenüber dem Vorquartal zu, nach 0,2 % im Sommer. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden wurde hingegen im vierten Quartal mit 0,6 % deutlich stärker ausgeweitet als im dritten Quartal, als sich die Zunahme auf 0,1 % belaufen hatte. Im Jahresdurchschnitt erhöhten sich die Zahl der Erwerbstätigen um 1,0 % und die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um 0,8 %. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote liegt seit Oktober 2023 bei 6,2 % und damit auf dem niedrigsten Wert seit dem Bestehen der Währungsunion.

Der Trend einer sinkenden Inflationsrate wurde mit dem Jahreswechsel unterbrochen. Der Anstieg der Teuerungsrate ist neben höheren Öl- und Gaspreisen auch auf einen Basiseffekt zurückzuführen, der damit zusammenhängt, dass die Energiepreise im Dezember 2023 beträchtlich gesunken waren. Die Gesamtinflation erhöhte sich im Jänner auf 2,5 %, nachdem sie im September mit 1,7 % ihren jüngsten Tiefstwert erreicht hatte und im Dezember 2,4 % betragen hatte. Im Februar ging die Teuerung wieder auf 2,4 % zurück. Hartnäckig ist nach wie vor die Kerninflation (Inflation ohne Energie und Lebensmittel). Diese hatte von September bis Jänner bei 2,7 % gelegen und ist im Februar leicht auf 2,6 % gesunken. Maßgeblich dafür, dass sie so langsam zurückgeht, sind hohe Preissteigerungen bei Dienstleistungen. Darin spiegeln sich die Auswirkungen des noch immer erhöhten Lohndrucks bei begrenzten Produktivitätssteigerungen in den Dienstleistungen und der Effekt verzögerter Preisadjustierungen wider. Der Lohndruck sollte in den kommenden Monaten nachlassen. Gemäß dem „Wage Tracker“ der Europäischen Zentralbank (EZB), der den Anstieg der Tarifverdienste im Euroraum unter Berücksichtigung geglätteter Einmalzahlungen misst, dürfte sich die Zunahme der Verdienste von 4,7 % im Jahresdurchschnitt 2024 auf 3,2 % im Jahr 2025 verringern.

Nachdem die EZB den Einlagensatz am 6. März 2025 auf 2,5 % gesenkt hat, dürfte das Ende des im Juni 2024 begonnenen Zinssenkungszyklus bald erreicht sein. Die Banken des Euroraums haben ihre Standards für Unternehmenskredite im vierten Quartal 2024 nach Angaben der EZB deutlicher als von den Banken selbst im dritten Quartal erwartet gestrafft. Wie die EZB im Rahmen ihres Quartalsberichts zur Kreditvergabe mitteilte, wurde für das erste Quartal 2025 eine weitere Straffung erwartet.

Die kurzfristigen Konjunkturindikatoren deuten weiterhin auf eine schwache Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe hin. So verharrt der Einkaufsmanagerindex für diesen Wirtschaftszweig im Euroraum unter der Schwelle von 50 Punkten, was auf einen weiteren Produktionsrückgang hinweist. Im Dienstleistungssektor haben sich die Erwartungen leicht verschlechtert, der Index deutet aber immer noch auf eine Expansion. Der von der Europäischen Kommission veröffentlichte Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung hat sich in den vergangenen Monaten kaum verändert (Abbildung 8). Das Konsumentenvertrauen hat sich zwar, abgesehen von leichten

Rückgängen im November und im Dezember, im gesamten Jahr 2024 in der Tendenz verbessert, aber es befindet sich noch immer auf einem sehr niedrigen Niveau.

Abbildung 8: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI)



Anmerkung: Für Italien wird für April 2020 kein Wert ausgewiesen.

Quelle: Europäische Kommission, LSEG Datastream

Vor diesem Hintergrund dürfte sich die Konjunktur im Euroraum erholen, aber das Wachstum dürfte sich nur wenig beschleunigen (Tabelle 2). Stützend wirken die Zinssenkungen durch die EZB, die steigenden Realeinkommen und das allmähliche Anziehen der globalen Konjunktur. Belastend wirkt die hohe geo- und handelspolitische Unsicherheit.

Tabelle 2: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum in Prozent

	2024	2025	2026
BIP-Veränderung	0,9	1,0	1,4
Arbeitslosenquote	6,4	6,2	6,1
HVPI-Inflation	2,4	2,1	2,3

Quelle: Eurostat, ab 2025 Prognose des IHS

Erhebliche Risiken für die Konjunktur gehen von der Handelspolitik aus. Sollten, wie von der US-Regierung in den Raum gestellt, alle Importe aus der EU mit einem Zollsatz von 25 % belegt werden, würde die Wirtschaftsleistung erheblich niedriger sein.

Die Wirkungen auf die Inflation wären uneinheitlich. Auf der einen Seite dürfte der US-Dollar auf- und damit der Euro abwerten, was Importe verteuert. Auf der anderen Seite wäre die realwirtschaftliche Aktivität niedriger, was die Inflation dämpft. Positive gesamtwirtschaftliche Wirkungen könnten von den geplanten höheren Verteidigungsausgaben ausgehen. Andererseits sind mit der Ankündigung der expansiveren Finanzpolitik in Deutschland die Renditen auf Staatsanleihen im gesamten Euroraum stark gestiegen, was den Wirkungen der Leitzinssenkungen auf die Finanzierungskosten entgegenwirkt.

Die **Vereinigten Staaten** setzten im vergangenen Jahr ihre solide konjunkturelle Entwicklung fort. Im vierten Quartal stieg das BIP um 0,6 % und damit etwas schwächer als im Vorquartal. Sowohl der private als auch der öffentliche Konsum wurden ausgeweitet. Die Bruttoanlageinvestitionen verzeichneten erstmals seit zwei Jahren einen Rückgang gegenüber dem Vorquartal. Die Exporte und die Importe waren leicht rückläufig. Für das erste Quartal 2025 deutet der BIP-Echtzeitindikator der Federal Reserve Bank von New York auf eine Fortsetzung einer soliden konjunkturellen Dynamik hin. Der Indikator der Federal Reserve Bank von Atlanta zeigt hingegen aufgrund des stark negativen Beitrags der Nettoexporte eine negative BIP-Veränderung für das erste Quartal an. Der ISM-Einkaufsmanagerindex signalisierte eine Fortsetzung der Expansion. Während im vergangenen Jahr nur die Umfrage für den Dienstleistungssektor eine Expansion angezeigt hatte, erreichte seit Jänner auch der Index für das Verarbeitende Gewerbe ein Expansionsniveau. Zwar wurde die Produktion laut Umfrage zu Jahresbeginn ausgeweitet, doch wiesen die Umfrageteilnehmer auf erste Auswirkungen der mit März in Kraft getretenen Zollerhebungen hin. So stieg der ISM-Preisindex im Jänner und Februar kräftig an. Zugleich schnellten laut Umfrage der University of Michigan auch die Inflationserwartungen unter Konsument:innen in den ersten drei Monaten des Jahres in die Höhe.

Der Arbeitsmarkt hat sich sehr stabil entwickelt. Der Beschäftigungszuwachs lag im Durchschnitt der letzten sechs Monate bei 191.000 neuen Stellen. Damit wurden zum Jahreswechsel sogar wieder etwas mehr neue Stellen geschaffen als etwa zur Mitte des vergangenen Jahres. Die Arbeitslosenquote ist seit dem Frühjahr 2024 relativ stabil und lag im Februar bei 4,1 %. Der Anstieg der durchschnittlichen Stundenlöhne lag im Februar bei 4,0 % gegenüber dem Vorjahresmonat und damit relativ unverändert zur durchschnittlichen Entwicklung im vergangenen Jahr.

Die Inflationsrate ist zuletzt wieder gestiegen und lag im Februar bei 2,8 %. Damit hatte sie sich im Herbst letzten Jahres nur vorübergehend dem Inflationsziel der Fed angenähert, obwohl diese ihren Zinssenkungszyklus fortsetzte. Nachdem die Fed das Zielband für die Leitzinsen im November und Dezember um jeweils 25 Basispunkte gesenkt hatte, beließ sie es im Jänner und März unverändert bei 4,25 % bis 4,50 %.

Der Offenmarktausschuss beobachtet die Risiken für das Beschäftigungs- und das Inflationsziel mit erhöhter Aufmerksamkeit. Es wird auf die weiterhin erhöhte Inflationsrate und auf die hohe Unsicherheit hingewiesen. Sowohl das endgültige Ausmaß der Zollerhöhungen als auch der Pfad der Haushaltskonsolidierung sind ungewiss. Im März traten Zölle in Höhe von 25 % auf alle Stahl- und Aluminiumimporte in Kraft. Die Zölle auf Waren aus China wurden im Februar zunächst um 10 % und im März um weitere 10 % erhöht. Seit März werden Waren aus Kanada und Mexiko mit Zöllen in Höhe von 25 % belegt, teilweise wurden diese aber wieder außer Kraft gesetzt. Angekündigt sind weitere Zölle von 25 % auf Importe von Autos, Halbleitern und pharmazeutischen Produkten aus allen Herkunftsländern. Unklar ist, ob und inwieweit Zölle auf bilateraler Ebene oder für einzelne Wirtschaftssektoren neu verhandelt werden. Importzölle erhöhen die Preise für die Konsument:innen und führen zu einer Aufwertung des US-Dollars. Eine höhere Inflationsrate führt zu einer restriktiveren Geldpolitik der Fed, was das Wachstum dämpfen würde. Demzufolge und aufgrund der erhöhten Unsicherheit wird davon ausgegangen, dass sich die Konjunktur gegenüber dem starken Wachstum des Vorjahres abkühlt. Für das laufende Jahr wird ein BIP-Wachstum von 1,9 % erwartet. Für 2026 wird ein BIP-Wachstum in der Nähe des Potenzialwachstums von 1,8 % prognostiziert.

In **Japan** verzeichnete die Wirtschaftsleistung im vierten Quartal erneut einen starken Anstieg. Das Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich um 0,6 % zum Vorquartal nach Zunahmen um 0,4 % bzw. 0,8 % in den beiden Quartalen zuvor. Im Vorjahresvergleich expandierte das BIP um 1,1 %. Ein kräftiger Anstieg der Exporte, die von der deutlichen Abwertung des Yen profitierten, trug hauptsächlich das BIP-Wachstum. Eine schwache Inlandsnachfrage führte zu sinkenden Importen. Während sich der öffentliche Konsum und die privaten Investitionen leicht erhöhten, stagnierte der private Konsum. Dabei belastet die deutlich gestiegene Inflation das Konsument:innenvertrauen.

Nachdem die Inflation infolge hoher Energiepreise stark angestiegen war, blieben die Verbraucherpreise in den letzten zwei Jahren hoch. Seit Oktober 2024 stieg die Teuerungsrate kontinuierlich an und betrug im Februar 2025 3,7 %, wobei sich die Kerninflation (Inflation ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) auf 2,6 % belief. Besonders stark gestiegen sind die Preise für Nahrungsmittel mit einem hohen Importanteil. Diese lagen im Februar um 7,6 % über dem Vorjahresniveau. Angesichts der starken Yen-Abwertung und der dadurch befeuerten Inflation setzte die Bank of Japan in den letzten Monaten die Straffung ihrer Geldpolitik fort. Sie erhöhte im Jänner ihren Leitzins erneut um 0,25 Prozentpunkte. Da dieser damit bei lediglich 0,5 % liegt, wirkt die Geldpolitik weiterhin stark expansiv. Gleichwohl ist mit weiteren Zinserhöhungen zu rechnen. Aufgrund der zu Jahresbeginn stark gestiegenen Löhne

könnten weitere Zinsanhebungen durch die Notenbank in den nächsten Monaten folgen.

Der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe, der zuletzt deutlich unter die Expansionsschwelle gesunken ist, deutet auf einen verlangsamten Produktionsanstieg für das laufende Quartal hin. Im Laufe des Jahres dürfte sich der private Konsum infolge nachlassender Inflation und steigender Einkommen erholen. Die im vergangenen Herbst von der Regierung angekündigten Konjunkturmaßnahmen haben nur geringe Effekte, da sie hauptsächlich frühere Konjunkturprogramme ersetzen. Die Anhebung der Verteidigungsausgaben um etwa 10 % im neuen Haushaltsjahr, ab 1. April, dürfte hingegen einen weiteren Impuls für die Konjunktur geben. Dämpfend wirkt die anhaltend hohe globale Unsicherheit, infolgedessen die Unternehmen nur zögerlich investieren, und die angekündigten US-Zölle auf die japanischen Exporte in die USA. Nach einem geringfügigen Wachstum im Vorjahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt um 1,0 % in diesem und um 0,8 % im kommenden Jahr expandieren.

Das Bruttoinlandsprodukt der **Volksrepublik China** erhöhte sich im Vorjahr um 5,0 % und erreichte damit das von der chinesischen Regierung für 2024 festgelegte Wachstumsziel. Im vierten Quartal zog die gesamtwirtschaftliche Produktion gegenüber dem Vorquartal um 1,6 % an. Gestützt durch die im Konjunkturprogramm vorgesehene staatliche Förderung trug der private Konsum maßgeblich zum BIP-Wachstum bei. Die Nettoexporte stützten das BIP-Wachstum ebenfalls, wobei die Erwartung höherer US-Zölle auf chinesische Waren zu Vorziehkäufen führte. Gleichzeitig blieb das Importwachstum aufgrund der schwachen Inlandsnachfrage gedämpft. Im Bereich der Hochtechnologie erhöhten sich Investitionen und heimische Produktion, was den Importbedarf Chinas reduzierte.

Nach mehreren Monaten, in denen die Inflationsrate knapp oberhalb der Nulllinie verharrte, sanken die Verbraucherpreise im Februar 2025 gegenüber dem Vorjahr um 0,7 %. Ausschlaggebend dafür waren vor allem gesunkene Preise für Energie und Nahrungsmittel sowie rückläufige Erzeugerpreise. Um die Investitionstätigkeit anzukurbeln, die Binnennachfrage zu stärken und den Immobiliensektor zu beleben, lockerte die chinesische Regierung im Vorjahr die Geldpolitik und gab zusätzliche fiskalische Impulse. Allerdings blieben die damit erzielten Effekte gering.

Die aktuellen Indikatoren deuten auf ein nur verhaltenes Wachstum hin. So sank der Einkaufsmanagerindex (PMI) des chinesischen statistischen Amtes für das Verarbeitende Gewerbe im Jänner unter die Expansionsschwelle und lag im Februar mit 50,2 Punkten nur knapp darüber. Dieser Verbesserung liegen unter anderem eine höhere Produktion und stärkere Auftragseingänge in der Industrie zugrunde. Der PMI für

den Dienstleistungssektor deutet ebenfalls auf eine nur schwache Expansion hin. Er ging von 52 Punkten im Dezember 2024 auf 50 Punkte im Februar zurück. Der Rückgang ist vor allem auf den Einzelhandel sowie die Bereiche Gastronomie und Beherbergung zurückzuführen. Im Bausektor kletterte der PMI im Februar hingegen spürbar auf 52,7 Punkte.

Trotz der expansiven Geld- und Fiskalpolitik bleibt die Konjunktur angesichts zunehmender handelspolitischer Spannungen verhalten. Große neue Konjunkturprogramme sind unwahrscheinlich, da die öffentliche Verschuldung bereits hoch ist. Das Arbeitsprogramm der Regierung gliedert die Prioritäten für das laufende Jahr in zehn Bereiche, wobei die oberste Priorität auf der Stärkung der Binnennachfrage liegt. Weitere wichtige Prioritäten sind die Beschleunigung der Investitionen, die Technologie- und Industrieentwicklung, die Stärkung von Forschung, Bildung und Innovation. Gleichzeitig strebt die Regierung an, das Land weiter zu öffnen, um ausländische Investoren anzuziehen. Insgesamt erwartet das Institut für die Jahre 2025 und 2026 ein BIP-Wachstum von 4,5 % bzw. 4,3 %.

In **Deutschland** ist das saison- und arbeitstagebereinigte Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal 2024 um 0,2 % zurückgegangen. Im Jahresdurchschnitt sank die Wirtschaftsleistung um 0,2 %, nachdem sie bereits im Jahr 2023 um 0,3 % gesunken war. Insbesondere die Exporte sind im vierten Quartal kräftig zurückgegangen, vor allem die Ausfuhren nach China. Die deutschen Exporteure verlieren das vierte Jahr in Folge an Boden. Die schwache Auslandsnachfrage trug zu weiter rückläufigen Ausrüstungsinvestitionen bei. Aber auch aus dem Inland blieben Impulse für die Investitionen aus. Die niedrige Kapazitätsauslastung und die hohe Unsicherheit über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen führten dazu, dass Unternehmen Investitionen zurückstellten. Lediglich der private und der öffentliche Konsum wurden zum Jahresende ausgeweitet. Die Bruttowertschöpfung nahm im vierten Quartal um 0,3 % und damit das vierte Quartal in Folge ab. Sie ist aktuell etwa so hoch wie vor der Coronapandemie. Maßgeblich für die Schwäche ist die Krise im Verarbeitenden Gewerbe, in dem die Wertschöpfung seit Anfang 2023 zurückgeht. Dafür sind strukturelle und konjunkturelle Faktoren wie hohe Energiepreise, bürokratische Hürden, die veränderte Rolle Chinas im internationalen Handel und ein Mangel an Aufträgen verantwortlich. Die Schwäche in der Industrie erfasst auch die wirtschaftsnahen Dienstleistungen. Stabilisierend wirken die öffentlichen Dienstleistungen.

Die Konjunkturschwäche macht sich auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Im Jänner lag die Zahl der Erwerbstätigen um 0,1 % unter dem Vorjahresniveau. Die Arbeitslosenquote betrug im Februar 6,2 % und war damit um 0,3 Prozentpunkte höher als vor einem Jahr. Die Inflationsrate, gemessen am nationalen Verbraucherpreisindex, ist seit ihrem Tiefstand von 1,6 % im vergangenen September kontinuierlich gestiegen

und erreichte im Dezember 2,6 %. Seit Beginn dieses Jahres zeichnet sich eine Trendumkehr ab, insbesondere bei der Kerninflation (Gesamtindex ohne Energie und Nahrungsmittel). Diese sank von 3,3 % im Dezember auf 2,6 % im Februar. Gemessen am HVPI verharrt die Inflation seit Dezember bei 2,8 %.

Unter den Voraussetzungen, dass sich die gesamtwirtschaftliche Unsicherheit nach und nach verringert, mit der neuen Bundesregierung die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert werden und der Handelskonflikt mit den USA im Laufe des Jahres beigelegt werden kann, dürften der Konsum, die Investitionen und die Exporte allmählich wieder anziehen. Von den geplanten kräftigen Ausweitungen der öffentlichen Mittel für die Verteidigung und die Infrastruktur dürften ab dem kommenden Jahr positive konjunkturelle Effekte ausgehen. Wie stark diese sind, ist gegenwärtig kaum abschätzbar, da noch unklar ist, wie schnell die Mittel abfließen. Außerdem sind mit der Ankündigung der Pakete die Renditen für Staatsanleihen sprunghaft gestiegen, was die Finanzierungskosten auch im Wohnbau und für Unternehmen erhöht. Im ersten Halbjahr wird die Konjunktur wohl schwach bleiben. Insgesamt dürfte die Wirtschaftsleistung im heurigen Jahr stagnieren und im kommenden Jahr um 1,2 % zulegen.

Die **italienische Wirtschaft** hat im vergangenen Jahr um 0,7 % expandiert. Im vierten Quartal 2024 stieg das BIP um 0,1 %. Der private und der staatliche Konsum legten jeweils um 0,2 % zu. Die Bruttoanlageinvestitionen wuchsen um 1,6 %, waren aber im Vorquartal ebenso stark gesunken. Die Exporte und Importe sanken um 0,2 % bzw. 0,4 %. Die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe stieg um 0,3 %, nachdem sie in den ersten drei Quartalen des Jahres rückläufig gewesen war. Das Baugewerbe verzeichnete ein Wachstum von 1,2 %. Nach drei positiven Quartalen ging die Bruttowertschöpfung im Dienstleistungssektor im vierten Quartal um 0,1 % zurück. Positiv entwickelte sich hingegen der Tourismus. Die Nächtigungen ausländischer Gäste stiegen im Jahresdurchschnitt 2024 um 8,8 %. Trotz der verhaltenen Konjunktur zeigt sich der Arbeitsmarkt weiterhin robust. Im Jänner erreichte die Zahl der Erwerbstätigen mit rund 24,2 Millionen einen Rekordwert. Die Arbeitslosenquote blieb mit 6,3 % weiterhin auf niedrigem Niveau.

Die Inflationsrate lag im Jahresdurchschnitt 2024 mit 1,0 % auf niedrigem Niveau, stieg aber seit Jahresende wieder an. Im Februar betrug sie 1,7 %. Der Anstieg ist vor allem auf Preiserhöhungen bei regulierten und nicht regulierten Energieprodukten zurückzuführen. Die Kerninflation betrug im Februar 1,8 %. Eine positive Entwicklung der Realeinkommen setzte sich fort. Im dritten Quartal 2024 betrug der Anstieg 2,3 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Die Sparquote sank von 12,3 % auf 11,5 % und nähert sich damit wieder der Bandbreite von 10 % bis 11 % an, die die Haushalte in den Jahren vor der Pandemie anstrebten. Es wird erwartet, dass Infrastrukturinvesti-

tionen aus den NextGenerationEU-Fonds weiterhin zur Konjunkturbelebung beitragen werden. Das Auslaufen der Steuergutschriften für die energetische Sanierung von Wohngebäuden („Superbonus“) sowie weiterer Maßnahmen zum Ausgleich der Energiepreissteigerungen haben die öffentlichen Haushalte im vergangenen Jahr entlastet. Das Budgetdefizit dürfte auf 3,4 % gesunken sein und im laufenden und im kommenden Jahr weiter zurückgehen. Die positive Entwicklung der Realeinkommen, öffentliche Investitionen sowie verbesserte Finanzierungsbedingungen infolge sinkender Zinsen sollten eine leichte Expansion der Wirtschaft ermöglichen. Für das laufende Jahr rechnet das Institut mit einem BIP-Wachstum von 0,6 %. Für das Jahr 2026 wird ein BIP-Wachstum von 1,0 % prognostiziert.

Die **französische Wirtschaft** verzeichnete im vierten Quartal 2024 einen leichten Rückgang um 0,1 %, nachdem sie in den ersten drei Quartalen expandiert hatte. Der private und der öffentliche Konsum expandierten, während die Bruttoanlageinvestitionen leicht zurückgingen. Nach Rückgängen im Vorquartal stiegen auch sowohl die Exporte als auch die Importe im Schlussquartal 2024. Bei positiver Inlandsnachfrage und ausgeglichenem Beitrag der Nettoexporte, haben die Lagerveränderungen zu dem leichten Rückgang des BIP geführt. Die Industriekonjunktur hat sich schwach entwickelt und zum Jahreswechsel kam es zu einer weiteren Verlangsamung. Im Jänner wurde ein Rückgang der Industrieproduktion von 1,6 % gegenüber dem Vorjahresmonat verzeichnet. Die Arbeitslosenquote lag im Jänner mit 7,3 % auf einem niedrigen Niveau. Der leichte Anstieg in der ersten Jahreshälfte 2024 hat sich bislang als vorübergehend erwiesen. Die Inflationsrate fiel in der zweiten Jahreshälfte 2024 stark. Im Jänner gab es einen vorübergehenden Anstieg auf 1,6 %, im Februar ging sie wieder auf 0,8 % zurück. Obwohl die guten Arbeitsmarktbedingungen und sinkende Inflationsraten, sowie die sportlichen Großereignisse im letzten Sommer in Paris die Konsumstimmung aufhellten, pendelte sich das Konsument:innenvertrauen zum Jahreswechsel auf einem verhaltenen Niveau ein. Die Vorsicht der Konsument:innen zeigt sich auch in einer deutlich über dem langjährigen Durchschnitt liegenden Sparquote, obwohl die Realeinkommen deutlich zulegten.

Das Geschäftsklima ist weiterhin verhalten. Der Unsicherheitsindikator der Banque de France, der sich auf Unternehmensbefragungen stützt, ist Anfang Februar erneut gestiegen. Dabei wird insbesondere auf das unsichere politische Klima sowohl auf nationaler (Wirtschafts- und Steuerpolitik) als auch auf internationaler Ebene (Angst vor Zollerhöhungen) verwiesen. Der Anteil der Unternehmen, die im Jänner ihre Preise erhöht haben, ist deutlich niedriger als in den letzten drei Jahren und liegt nahe bei dem Niveau vor der Pandemie. Die Schwierigkeiten bei der Personalbeschaffung nehmen in allen Sektoren weiter ab. Die Auftragslage in der Industrie blieb im Jänner schwach. Wie in den Vormonaten meldeten alle Branchen mit Ausnahme

der Luftfahrtindustrie schwache Auftragsbestände. Sie liegen weiterhin deutlich unter dem langfristigen Durchschnitt. Die Unternehmensbefragung deutet insgesamt auf eine verhaltene Wirtschaftsentwicklung im ersten Quartal hin. Die Haushaltskonsolidierung dürfte das Wachstum dämpfen. Das Ziel der neuen Regierung für das Haushaltsdefizit dürfte etwas über dem ursprünglichen Defizitziel von 5 % für 2025 liegen. Ein Teil der Anpassung soll durch Steuererhöhungen erreicht werden, unter anderem durch Abgaben auf hohe Einkommen und Konzerne. Ein weiterer Teil käme aus Ausgabenkürzungen, vor allem beim Staat, den Kommunen und der Sozialversicherung. Für das laufende Jahr rechnet das Institut mit einem BIP-Wachstum von 0,7 Prozent. Für das Jahr 2026 wird ein BIP-Wachstum von 1,2 Prozent erwartet.

Im **Vereinigten Königreich** ist die Wirtschaftsleistung im vierten Quartal 2024 mit 0,1 % gegenüber dem Vorquartal leicht gewachsen. Der öffentliche Konsum und die Lagerveränderungen lieferten positive Wachstumsbeiträge, während von den Investitionen und insbesondere vom Außenhandel negative Beiträge ausgingen. Am Arbeitsmarkt geht die Zahl der offenen Stellen seit gut zwei Jahren zurück, das Tempo des Rückgangs hat sich aber stark verringert. Die Arbeitslosenquote ist leicht gestiegen und lag zuletzt bei 4,4 %. Die Vorlaufindikatoren zeichnen insgesamt ein verhaltenes Bild der Wirtschaftsleistung. Der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe ist im Februar auf den niedrigsten Wert seit gut einem Jahr gefallen und liegt weiterhin unterhalb der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Jener für den Dienstleistungssektor ist marginal gestiegen und pendelt seit einigen Monaten knapp oberhalb der Wachstumsschwelle. Die Stimmung unter den Verbraucher:innen hat sich im Februar leicht verbessert.

Die Inflation ist von ihrem Rekordniveau im Oktober 2022 (11,1 %) zwar deutlich zurückgegangen, ist in den vergangenen Monaten aber wieder gestiegen und lag im Jänner bei 3,0 %. Sie dürfte erst im Verlauf des Jahres nachhaltig sinken. Damit hat die Bank of England im März ihre Leitzinsen auf dem Niveau von 4,5 % belassen und ein weiterer Schritt nach unten wird erst im späteren Jahresverlauf erwartet. Die Zinsen gehen langsamer zurück, was eine Herausforderung für das teils schuldenfinanzierte Ausgabenpaket der öffentlichen Hand in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Wohnungsbau und Landesverteidigung darstellt. Dennoch dürften von diesen Ausgaben positive Impulse ausgehen. Auch der Außenhandel wird wohl wachstumsbelebend wirken. Insgesamt sollte das Bruttoinlandsprodukt im Prognosezeitraum um 1,1 % bzw. 1,4 % wachsen.

Die Wirtschaftsleistung der **Schweiz** ist im vierten Quartal des vergangenen Jahres um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Das Wachstum wurde insbesondere vom Dienstleistungssektor und von der chemisch-pharmazeutischen Industrie getragen. Die Investitionen gingen zurück, während der private Konsum und vor allem der

Außenhandel das Wachstum stützten. Die Arbeitslosigkeit ist in den vergangenen Monaten leicht gestiegen (Februar: 2,9 %). Die Inflation hat sich in den vergangenen Monaten weiter abgeschwächt und lag im Februar bei 0,3 %. Dies hat die Schweizerische Nationalbank dazu veranlasst, ihren Leitzinssatz erneut zu senken, und zwar um 0,25 Prozentpunkte auf gegenwärtig 0,25 %.

Die Stimmungsindikatoren entwickelten sich verhalten. Der Einkaufsmanagerindex für die Industrie ist im Februar gestiegen, befindet sich aber weiterhin unter der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Die Stimmungslage im Dienstleistungssektor ist positiver. Der entsprechende Einkaufsmanagerindex hat sich im Februar seitwärts bewegt, liegt allerdings deutlich über der Wachstumsschwelle. Auch das KOF Konjunkturbarometer lag im Februar trotz eines leichten Rückgangs weiterhin oberhalb seines langjährigen Durchschnitts. Die Inlandsnachfrage dürfte das Wachstum im Prognosezeitraum stabilisieren, und auch der Außenhandel sollte stützend beitragen. Das Institut erwartet für den Prognosezeitraum BIP-Wachstumsraten von 1,2 % bzw. 1,8 %.

Im vergangenen Jahr zog die Wirtschaft in den **mittel- und osteuropäischen Ländern der Europäischen Union** zwar an, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß. Kroatien (3,8 %), Polen (2,9 %) und Bulgarien (2,8 %) expandierten am stärksten. Nach der Rezession im Jahr zuvor gelang Ungarn eine leichte Ausweitung der Produktion um 0,5 %. In Rumänien schwächte sich die Wirtschaftsdynamik hingegen ab und das BIP erhöhte sich nur um 0,9 %. Die Industrie wuchs lediglich in Polen und schrumpfte am stärksten in Ungarn.

Während stabile Arbeitsmärkte und steigende Reallöhne den privaten Konsum stützten, litt das Verarbeitende Gewerbe unter der schwachen Exportnachfrage, insbesondere aus Deutschland. Tschechien, Polen, Ungarn und Rumänien sind besonders stark von der deutschen Nachfrage abhängig, da mehr als ein Fünftel ihrer Exporte dorthin geht. Das Investitionswachstum war aufgrund der Zyklizität der EU-Mittelzuflüsse schwächer.

Nachdem sich der Preisauftrieb im vergangenen Jahr zwischenzeitlich abgeschwächt hatte, ist die Teuerungsrate zu Beginn dieses Jahres wieder gestiegen. Vor allem das Lohnwachstum in einem angespannten Arbeitsmarkt sowie anstehende Anpassungen der Energiepreise nach Auslaufen der Haushaltsunterstützungen bergen Aufwärtsrisiken für die Inflation. Darüber hinaus können mögliche Steuererhöhungen im Rahmen von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen in mehreren Ländern den Inflationsdruck erhöhen. Geopolitische Spannungen könnten zudem globale Wertschöpfungsketten beeinträchtigen und die Preise der importierten Waren steigen lassen. Insgesamt dürfte die Inflation in diesem Jahr hoch bleiben.

Als Reaktion darauf agieren die Zentralbanken bei geldpolitischen Lockerungen abwartend. In Ungarn lassen die aktuellen Inflationszahlen kurzfristig kaum Spielraum für Zinssenkungen. In Polen und Rumänien wird eine Lockerung der Geldpolitik erst in der zweiten Jahreshälfte erwartet.

Die Wirtschaftsdynamik dürfte sich in diesem und im kommenden Jahr beschleunigen. Dabei bleibt die Binnennachfrage weiterhin wichtigster Wachstumstreiber. Allerdings sind die Risiken hoch. Die anhaltende Schwäche der Industrie belastet das Wachstumspotenzial. Mögliche Zölle auf Exporte in die USA würden direkt vor allem die Slowakei, Slowenien und Ungarn treffen, jedoch auch indirekt andere Länder, die wirtschaftlich eng mit Deutschland verflochten sind, durch mögliche Auswirkungen auf die deutschen Exporte.

Zudem unterliegen Polen, Ungarn, die Slowakei und Rumänien einem Defizitverfahren und müssen ihre Haushalte konsolidieren. Gleichzeitig benötigen die Länder jedoch neue Kredite, um von der EU geförderte Investitionsprojekte zu kofinanzieren. Weitere Risiken für die Finanzpolitik entstehen durch wahlbedingte Mehrausgaben in Rumänien, Polen und Tschechien. Jüngste geopolitische Entwicklungen und die dringende Notwendigkeit, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen, dürften das Ausmaß der Haushaltskonsolidierung jedoch verringern.

Auf der anderen Seite könnte es zu einer Zunahme ausländischer Direktinvestitionen kommen, da chinesische und westeuropäische Unternehmen erwägen, ihre Automobilproduktion von China nach Mittel- und Osteuropa zu verlagern, um EU-Einfuhrzölle zu umgehen. Alles in allem erwartet das Institut für die MOEL-5 für den Jahresdurchschnitt 2025 einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 2,9 % und für das kommende Jahr um 2,8 %.

Die wirtschaftliche Gesamtproduktion verzeichnete in **Russland** im vergangenen Jahr laut Angaben des statistischen Amtes Russlands erneut einen kräftigen Zuwachs von 4,1 % im Vorjahresvergleich. Die Investitionen stiegen im vergangenen Jahr um rund 10 % an. Dies ist vor allem auf den deutlichen Anstieg der staatlichen Ausgaben sowie zusätzliche öffentliche Hilfsmaßnahmen – wie etwa subventionierte Kredite für bestimmte Unternehmen – zurückzuführen. Diese kamen vor allem kriegsrelevanten Industrien zugute. Diese Branchen wuchsen in den vergangenen Jahren deutlich stärker, während andere Wirtschaftszweige eine schwächere Entwicklung aufwiesen. Zusätzlich stützten auch die Transferzahlungen maßgeblich den privaten Konsum.

Infolgedessen steigen die wirtschaftlichen Ungleichgewichte zunehmend. Zwar hat der Staat in den letzten Monaten seine Ausgaben erneut deutlich erhöht, doch angesichts immer stärkerer Kapazitätsengpässe wird es zunehmend schwieriger, durch zusätzliche Ausgaben weiteres Wachstum zu generieren. Aufgrund niedriger

Ölpreise und rückläufiger Ölexportmengen sind die Exporterlöse gesunken. Zudem erschweren Sanktionen den Transfer der Exporterlöse nach Russland, und ein steigender Anteil der russischen Exporterlöse wird in Rubel abgerechnet. Dadurch ist der Leistungsbilanzüberschuss verschwunden.

Die Inflation hat sich in den letzten Monaten weiter verstärkt und betrug im Februar rund 10 %. Die Lebensmittelpreise lagen knapp 12 % über dem Vorjahresniveau. Vorläufige Daten weisen auf eine weitere Beschleunigung der Teuerungsrate im März hin. Um der Inflation entgegenzuwirken, erhöhte die Zentralbank Ende Oktober den Leitzins auf 21 % und hält ihn seither auf diesem hohen Niveau. Da die Inflation weiter zunimmt, dürfte die Zentralbank ihre restriktive Zinspolitik beibehalten, um die Teuerung einzudämmen. Die deutliche Aufwertung des Rubels seit Jahresbeginn, bedingt durch die politische Annäherung an die USA, dürfte vorübergehend zu einer Dämpfung der Inflation führen.

Der Arbeitskräftemangel dämpft das Produktionswachstum, während die Löhne weiterhin steigen. Gleichzeitig erreicht die Kapazitätsauslastung ein historisches Rekordniveau, während die Sanktionen die Einfuhr von Investitionsgütern erschweren. Das Produktionswachstum hat sich im Jänner spürbar abgeschwächt. Sowohl im Rohstoffsektor als auch im Verarbeitenden Gewerbe war ein Abwärtstrend zu beobachten. Im Gegensatz dazu scheint die Bauwirtschaft nun wieder anzuziehen. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2025 und 2026 um jeweils 1,3 % wachsen. Auch bei einem möglichen Waffenstillstand dürfte die Unsicherheit in Bezug auf die russische Wirtschaft fortbestehen, und die Folgen des Krieges werden dort noch lange spürbar bleiben.

**Tabelle 3: Internationale Rahmenbedingungen
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent**

	2022	2023	2024	2025	2026
BIP, real					
Deutschland	1,4	-0,3	-0,2	0,0	1,2
Italien	4,8	0,7	0,7	0,6	1,0
Frankreich	2,6	0,9	1,2	0,7	1,2
Vereinigtes Königreich	4,8	0,4	0,9	1,1	1,4
Schweiz	3,1	0,7	1,3	1,2	1,8
USA	2,5	2,9	2,8	1,9	1,8
Japan	0,9	1,5	0,1	1,0	0,8
China	3,1	5,4	5,0	4,5	4,3
Polen	5,3	0,1	2,9	3,5	3,0
Slowakei	0,4	1,4	2,0	2,3	2,5
Tschechien	2,8	-0,1	1,1	2,3	2,5
Ungarn	4,3	-0,9	0,5	2,0	3,0
Slowenien	2,7	2,1	1,6	2,0	2,5
MOEL-5 ⁱ	4,1	0,1	2,1	2,9	2,8
Bulgarien	4,0	1,9	2,8	2,8	3,0
Rumänien	4,0	2,4	0,9	2,0	3,0
Kroatien	7,3	3,3	3,8	2,8	2,8
Russland	-1,4	4,1	4,1	1,3	1,3
Euroraum	3,5	0,4	0,9	1,0	1,4
NMS-5 ⁱⁱ	4,4	0,5	1,9	2,8	2,9
EU-27	3,5	0,4	1,0	1,2	1,6
OECD	3,0	1,8	1,8	1,7	1,7
Welt	3,4	3,2	3,2	3,1	3,1
Welthandel (Waren laut CPB)	3,3	-1,3	1,8	1,7	1,6
Österreichische Exportmärkte	7,2	0,0	1,0	1,3	2,3
USD/EUR-Wechselkurs ⁱⁱⁱ	1,05	1,08	1,08	1,09	1,09
Rohölpreis ⁱⁱⁱ	100,8	82,6	80,5	70,6	66,8

ⁱMOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

ⁱⁱNMS-5: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien

ⁱⁱⁱabsolute Werte

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, LSEG Datastream, ab 2025 Prognose des IHS

3 Perspektiven der österreichischen Wirtschaft

3.1 Außenwirtschaft

Österreichs Warenexporte sind seit dem zweiten Quartal 2023 rückläufig und die Erwartungen einer Trendwende erwiesen sich bislang als verfrüht. Damit handelt es sich um eine außerordentlich lange Periode einer Exportrezession. Die schwache Entwicklung des wichtigsten Handelspartners Deutschland stellt eine Hauptursache dar, darüber hinaus sind auch die Warenexporte in die meisten anderen wichtigen Länder zurückgegangen. Die Ursachen sind sowohl konjunktureller als auch struktureller Natur. Einerseits ist die Auslandsnachfrage schwach, andererseits hat Österreichs Exportwirtschaft infolge der starken Lohn- und Energiekostenanstiege an preislicher Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Struktureller Wandel und ökologische Transformation stellen die deutsche Industrie, die in den letzten Jahren Marktanteilsverluste hinnehmen musste, vor anhaltende Herausforderungen. Davon betroffen sind auch heimische Unternehmen, besonders Zulieferbetriebe. Die kurzfristigen Aussichten für die Exportwirtschaft bleiben daher verhalten.

Im vierten Quartal 2024 gingen die realen Warenexporte mit 4,9 % relativ stark gegenüber dem Vorquartal zurück. Die Ursache für die Exportflaute lag im vergangenen Jahr zunächst im Einbruch der Nachfrage aus Deutschland. Der starke Rückgang um rund 10 % des Warenwerts bei besonders großen Warengruppen, dazu zählten Maschinen und Fahrzeuge, Bearbeitete Waren und Konsumnahe Fertigwaren, erfolgte allerdings schon im ersten Halbjahr des Vorjahres, sodann kam es weitgehend zu einer Stabilisierung, aber noch zu keinem Rebound. Darüber hinaus waren aber auch die Warenexporte in fast alle wichtige Exportländer rückläufig. Dazu zählten etwa die Schweiz, die wichtigsten Handelspartner im Euroraum und in Mittel- und Osteuropa. Unter den Ausnahmen waren die Warenexporte in die Vereinigten Staaten und nach China. Der Anstieg von rund 10 % der nominellen Warenexporte in die USA wurde nahezu ausschließlich durch medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse verursacht, die im vergangenen Jahr um 82,7 % auf einen Warenwert von rund 4,6 Mrd. Euro ausgeweitet wurden. Die Exportvorlaufindikatoren verharren auf einem niedrigen Niveau. Die Einschätzung über die Exportauftragsbestände in der Sachgüterindustrie hat sich seit mehr als einem Jahr auf einem verhaltenen Niveau eingependelt. Gemäß der aktuellen Schätzung des FIW Trade Indicator haben die realen Warenexporte mit einem (saisonbereinigten) Wachstum seit Dezember von 3,6 % zumindest die schwachen Monate November und Dezember des abgelaufenen Jahres kompensiert. Ein Ausbrechen des Indikators nach oben ist allerdings nicht sichtbar. Für das aktuelle Jahr wird mit einem Anstieg der realen Warenexporte um 0,3 % eine

langsame Erholung erwartet. Auch im Jahr 2026 dürfte die Expansion der Warenexporte mit 1,5 % noch unter dem langjährigen Trend bleiben.

Laut Außenhandelsstatistik wurden im vierten Quartal 2024 Waren im Wert von 48,3 Mrd. Euro importiert und von 47,1 Mrd. Euro exportiert. Damit wurde ein Handelsbilanzdefizit von 1,2 Mrd. Euro erzielt, nachdem über vier Quartale in Folge ein Handelsbilanzüberschuss ausgewiesen worden war. Für das gesamte Jahr 2024 ergab sich ein Handelsbilanzüberschuss in Höhe von 1,7 Mrd. Euro. Der FIW Trade Indicator signalisierte seit Jahresbeginn eine Seitwärtsbewegung der Warenimporte. Für das aktuelle Jahr wird ein Anstieg der realen Warenimporte um 0,4 % prognostiziert. Für das Jahr 2026 wird ein Anstieg um 1,5 % erwartet.

Die laufende Wintersaison verzeichnete bisher einen Nächtigungsrekord von ausländischen Gästen. Die Übernachtungen von internationalen Gästen in österreichischen Hotels, Pensionen und Ferienwohnungen erreichten zwischen November und Jänner 26,4 Millionen, das waren um 7,1 % mehr als im selben Zeitraum des Vorjahres. Die wichtigsten Herkunftsländer, Deutschland, Niederlande und das Vereinigte Königreich, verzeichneten robuste Zuwächse. Im Jänner wurden mit 13,1 Millionen um 3,2 % mehr Nächtigungen als im Jänner 2024 verbucht. Für das Bundesland Wien wurden zwischen November und Jänner 3,9 Millionen Nächtigungen gezählt, was mit einem Anstieg von 15,2 % gegenüber der Vergleichsperiode im Vorjahr die höchste Zuwachsrate unter den Bundesländern darstellt. Die realen Reiseverkehrsexporte liegen allerdings noch unter dem Wert des Jahres 2019, was angesichts stark steigender Preise in Gastronomie und Beherbergung bei steigenden Nächtigungen auf eine Zurückhaltung der Gäste bei den Ausgaben hinweist. Das Institut rechnet für das Jahr 2025 mit einem Anstieg der realen Reiseverkehrsexporte um 1,8 %. Für das Jahr 2026 wird ein Wachstum von 2,0 % erwartet. Insgesamt wird für das laufende Jahr ein leichter Anstieg der realen Exporte i. w. S. um 0,5 % prognostiziert. Für das Folgejahr wird eine Erholung und damit ein moderater Anstieg um 1,8 % erwartet.

3.2 Privater Konsum

Beharrliche Konsumzurückhaltung trotz starkem Wachstum ihrer verfügbaren Realeinkommen kennzeichnete das Verhalten der österreichischen Haushalte im vergangenen Jahr. Erst im letzten Quartal wurde eine noch etwas verhaltene Belebung erkennbar. Im laufenden Jahr ist das Reaktionsmuster gerade umgekehrt. Die verfügbaren Einkommen schrumpfen, und die Haushalte müssen entsparen, um ihr gewohntes Ausgabenniveau aufrecht zu erhalten.

Während also zuletzt gute Lohnzuwächse bei sich abschwächendem Preisauftrieb die Kaufkraft real erhöhten, verengt sich im Prognosezeitraum der Ausgabenspielraum

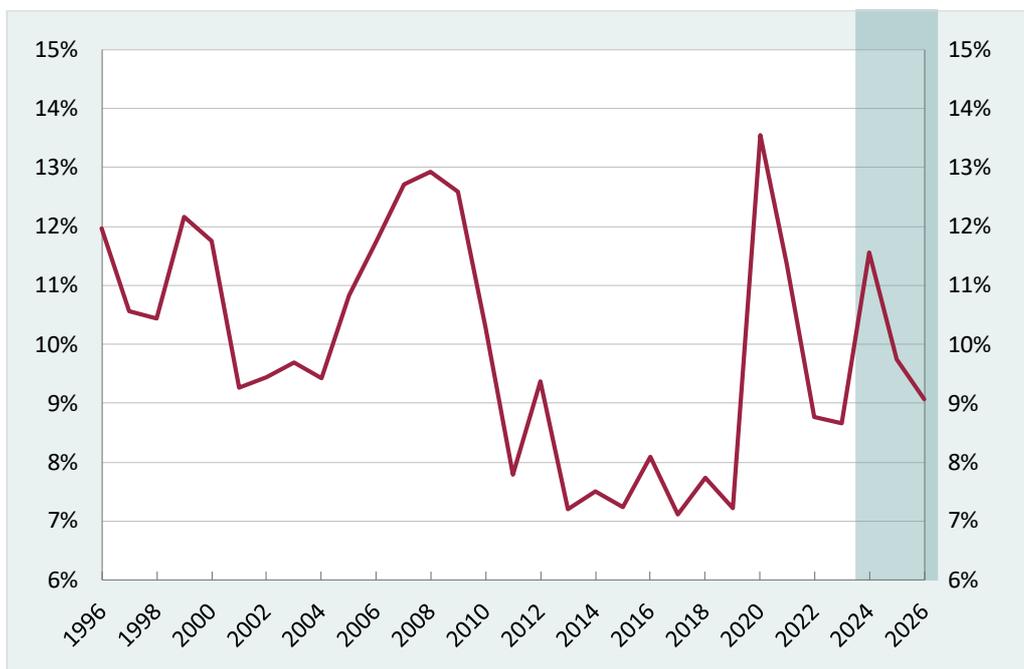
drastisch. Erste Werte aus dem neuen Jahr lassen aber erkennen, dass die Haushalte nicht bereit sind, auf die Befriedigung ihrer Nachfragegewohnheiten zu verzichten. Die Einzelhandelsumsätze zeigen nun wieder nach oben, zumindest in einigen Bereichen. Die Neuanmeldungen von Kraftfahrzeugen entwickeln sich fortgesetzt lebhaft. Da die durch Umfragen erhobene Konsumstimmung jedoch weiter eher gedrückt ist, bleibt ein massiver Konsumboom unwahrscheinlich.

Das laufende Jahr sollte Klarheit darüber bringen, inwieweit die österreichischen Haushalte ihre Sparneigung nachhaltig erhöht haben. Statistisch ist in den letzten Jahren ein gewisser Zusammenhang zwischen erhöhter Arbeitslosigkeit und höherer Sparneigung feststellbar. Die fortlaufend gegenüber dem vermuteten Normalzustand erhöhte Arbeitslosigkeit könnte hier einen Indikator für die gesamtwirtschaftliche Situation darstellen und die Stimmung beeinflussen. Andererseits aber ist jedes Sparen nur aufgeschobener Konsum, und die Ersparnisse sind zuletzt so stark angewachsen, dass sie keinen weiteren Aufbau benötigen. Insgesamt weist das Institut für den Prognosezeitraum eine noch etwas angehobene, aber fallende Sparneigung aus.

Gegenüber der Winter-Prognose musste das Institut die Vorausschau über die laufende Einkommensentwicklung deutlich zurücknehmen. Im Jahr 2025 schrumpfen die verfügbaren Realeinkommen um 1,3 %, der **reale Konsum der Haushalte** legt jedoch um 0,7 % zu. Die Haushalte haben keine Schwierigkeit, die Diskrepanz durch Rückgriffe auf die in den letzten Jahren massiv angehäuften Ersparnisse zu finanzieren. Im kommenden Jahr werden die real verfügbaren Einkommen sehr mäßig um 0,2 % expandieren, wieder weist die Prognose ein höheres Konsumwachstum von 0,9 % aus. Die Haushalte greifen also im gesamten Prognosezeitraum vermehrt auf ihre Ersparnisse zurück.

Abbildung 9 zeigt die Entwicklung der **Haushaltssparquote** über die letzten Jahrzehnte. Diese Kenngröße scheint zyklisch zwischen Tiefständen von rund 7 % und Spitzenwerten um 13 % zu fluktuieren. Der letzte Zyklus hat seine Talsohle von knapp über 7 % wohl im Zeitraum vor der Pandemie erreicht. Seither ist insgesamt eine fortgesetzte Aufwärtsbewegung erkennbar, die durch zwei Spitzen 2020 und 2024 unterbrochen wurde. Im Jahr 2020 zeichnete das Zwangssparen während der Coronapandemie verantwortlich, im Vorjahr das Zusammenspiel starker Einkommenszuwächse und abflauender Inflation bei Konsumzurückhaltung. Im Prognosezeitraum wird diese Kenngröße wieder abfallen, wenngleich die Talsohle wahrscheinlich auch in der Folge nicht mehr erreicht werden dürfte.

Abbildung 9: Sparquote der privaten Haushalte



Quelle: Statistik Austria, ab 2024 Prognose des IHS

Das im Vergleich kleine Nachfrageaggregat Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter expandiert in den beiden Prognosejahren jeweils um 2,0 %. In den letzten Jahren wuchs dieses Aggregat spürbar stärker als der Konsum der Haushalte. Der Einschluss dieser Non-Profit-Dienste in den privaten Konsum kann zu geringfügigen Änderungen der ausgewiesenen Wachstumsraten führen. Für den privaten Konsum insgesamt ergeben sich in den beiden kommenden Jahren Zuwächse von 0,8 % und 0,9 %, also eine sehr ähnliche Dynamik wie für den Konsum der Haushalte.

3.3 Investitionen

Die **realen Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen** sind im vierten Quartal 2024 um 0,9 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen, nachdem sie in den ersten drei Quartalen gesunken waren. Im Jahresdurchschnitt gingen die Ausrüstungsinvestitionen um 1,8 % zurück. Dabei verzeichneten die Fahrzeuginvestitionen ein Minus von 7,4 %, die Anschaffungen von Gütern der Informations- und Kommunikationstechnologie sanken um 8,7 % und die Anschaffungen sonstiger Maschinen und Geräte um 2,3 %. Einzig die Investitionen in geistiges Eigentum verzeichneten mit 2,2 % eine positive Wachstumsrate.

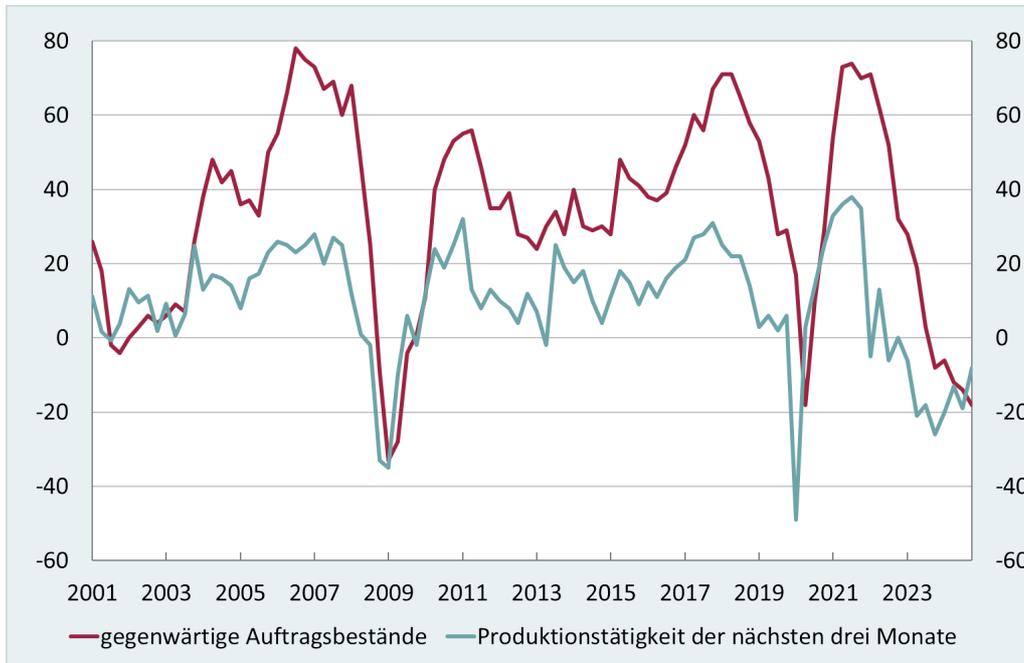
Im Prognosezeitraum werden sich die Rahmenbedingungen für die Ausrüstungsinvestitionen nur langsam verbessern. Gegenwärtig beurteilen die heimischen

Industrieunternehmen ihre künftige Produktionstätigkeit sehr ungünstig, was vor allem an einem Mangel an Aufträgen liegt (Abbildung 10). Darüber hinaus ist die Kapazitätsauslastung seit ihrem Höchststand vom dritten Quartal 2021 um knapp neun Prozentpunkte gesunken, sodass sie aktuell so niedrig wie während der Finanz- und Wirtschaftskrise und in der Coronapandemie ist (Abbildung 11). Auch das Finanzierungsumfeld dämpft die Investitionstätigkeit der Unternehmen. So geht aus der vom Eurosystem regelmäßig durchgeführten Umfrage zum Kreditgeschäft hervor, dass die Geschäftsbanken in Österreich die Kreditangebotspolitik im vierten Quartal 2024 leicht verschärft haben und für das erste Quartal 2025 weitere Verschärfungen planen. Die Kreditangebotspolitik im Unternehmenskundengeschäft wird bereits seit Anfang 2022 zunehmend restriktiver. Förderlich für die Investitionen sind die Zinssenkungen durch die EZB, die auch zu niedrigeren langfristigen Zinssätzen für Unternehmenskredite geführt haben. Diese sind seit ihren Höchstständen vom Frühjahr 2024 um 1¼ bis 1½ Prozentpunkte gesunken.

Die schwache Investitionstätigkeit äußert sich darin, dass die Nachfrage nach Unternehmenskrediten im Jahr 2024 weiter gesunken ist und die Geschäftsbanken auch für das erste Quartal 2025 einen Rückgang erwarteten. Die niedrige Kapazitätsauslastung und die ungünstigen Absatzerwartungen der Unternehmen dürften zur Folge haben, dass im Prognosezeitraum kaum in die Erweiterung der Produktionskapazitäten investiert wird. Zunächst überwiegt daher das Ersatzmotiv bei den Unternehmensinvestitionen. Erst allmählich dürften die niedrigeren Zinsen und gegebenenfalls eine Reduktion der geo- und handelspolitischen Unsicherheiten zu einer Erholung der Ausrüstungsinvestitionen beitragen. Alles in allem dürften die realen Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2025 um 1,3 % zurückgehen und im Jahr 2026 um 1,0 % steigen.

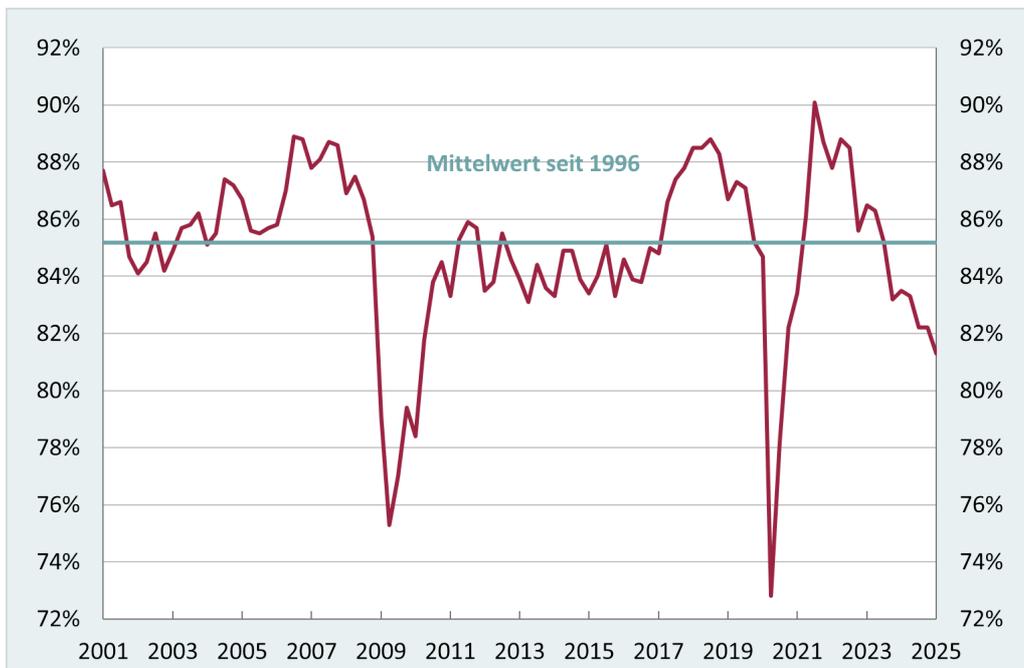
Abbildung 10: Beurteilung der Auftragsbestände und der Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate

Saldo aus positiven und negativen Antworten



Quelle: Industriellenvereinigung

**Abbildung 11: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie
saisonbereinigt**



Quelle: Europäische Kommission

Der Deflator der Ausrüstungsinvestitionen ist zwar im Jahresdurchschnitt 2024 mit 3,6 % nur knapp halb so stark gestiegen wie im Jahr zuvor, aber in der zweiten Jahreshälfte ist der Preisindex trotz der Investitionsschwäche etwas stärker gestiegen. So nahm im Jahresabstand die Veränderungsrate von 3,3 % im zweiten auf 3,5 % im vierten Quartal zu, und auch in saisonbereinigter Betrachtung verstärkte sich der Preisdruck leicht. Angesichts der erwarteten weitgehenden Stabilität der Rohmaterialpreise und des Euro-Außenwerts dürfte sich der Anstieg des Deflators der Ausrüstungsinvestitionen aber im Prognosezeitraum abflachen und wieder dem langfristigen Trend geringerer Wachstumsraten annähern. Für den Jahresdurchschnitt 2025 erwartet das IHS eine Zunahme um 2,5 %, für das Jahr 2026 einen Anstieg um 2,0 %.

Die **realen Bauinvestitionen** sind im vierten Quartal weiter gesunken. In saisonbereinigter Rechnung waren sie um 0,2 % niedriger als im Vorquartal. Während die sonstigen Bauinvestitionen um 0,7 % stiegen, gingen die Wohnbauinvestitionen um 1,2 % zurück. Seit nunmehr elf Quartalen sinken die Wohnbauinvestitionen, und sie hatten Ende 2024 das gleiche Niveau wie vor zehn Jahren erreicht. Im Jahresdurchschnitt gingen sie um 7,1 % zurück, nachdem sie bereits im Jahr 2023 um rund 12 % eingebrochen waren. Die sonstigen Bauinvestitionen waren im Jahr 2024 um 3,8 % niedriger als ein Jahr zuvor, nach einem Rückgang um 6,4 % im Jahr 2023.

Im Prognosezeitraum werden die Bauinvestitionen schwach bleiben. Die Talsohle scheint aber erreicht zu sein. So befinden sich die Baubewilligungen im Wohnbau nicht mehr im freien Fall, wie in den Jahren 2022 und 2023 sowie im ersten Halbjahr 2024, sondern verzeichneten im dritten Quartal einen leichten Anstieg um 1,0 % im Jahresabstand. Zudem sinken die Zinsen. Der durchschnittliche Zinssatz für Wohnbaukredite war im Jänner 2025 rund 0,6 Prozentpunkte niedriger als auf dem jüngsten Höchststand im März 2024. Die Angebotskonditionen bleiben den Angaben der Geschäftsbanken im Rahmen der Umfrage zum Kreditgeschäft zufolge im vierten Quartal unverändert, und auch für das erste Quartal 2025 wurden keine Änderungen geplant. Die Nachfrage nach privaten Wohnbaukrediten stieg im vierten Quartal 2024 etwas und sollte erwartungsgemäß im ersten Quartal 2025 weiter steigen. Unterstützung erhält der Wohnbau auch von den Maßnahmen aus dem im Jahr 2024 beschlossenen Wohn- und Baupaket der Bundesregierung. Die Bauinvestitionen der Unternehmen dürften im Prognosezeitraum im Zuge der langsamen Erholung der Ausrüstungsinvestitionen allmählich wieder Tritt fassen. Der Tiefbau profitiert vom Ausbau der Stromnetze und der digitalen Infrastruktur. Die Bauinvestitionen der Gebietskörperschaften kommen allerdings durch die notwendige Budgetkonsolidierung unter Druck. Alles in allem dürften die realen Bauinvestitionen im Durchschnitt des heurigen Jahres um 0,5 % sinken und im Jahr 2026 um 0,5 % steigen.

Die Baupreise stiegen im Jahr 2024 weniger stark als im Jahr davor, aber in der zweiten Jahreshälfte hat sich der Anstieg im Hochbau wieder etwas beschleunigt. So erhöhte sich der Preisindex im Hochbau im vierten Quartal im Jahresabstand um 1,6 %, nach 0,9 % im zweiten Quartal. Im Hochbau nahm der Preisauftrieb weiter ab und belief sich im vierten Quartal auf 0,7 %. Der Deflator der Bauinvestitionen erhöhte sich im vierten Quartal um 2,8 % im Vorjahresvergleich, nach 2,2 % bzw. 2,5 % im zweiten und dritten Quartal. Die Entwicklung der Baukosten lässt erwarten, dass sich der Anstieg des Deflators der Bauinvestitionen im Prognosezeitraum nur langsam abschwächen wird. Die Baupreise werden wohl auch weiterhin stärker als das allgemeine Preisniveau steigen, wobei die Unterschiede zwischen dem Hochbau, in dem die Lohnkosten einen größeren Einfluss haben, und dem Tiefbau bestehen bleiben dürften. Die Preise für Baumaterialien werden wohl im Einklang mit der Erwartung weitgehend stabiler Rohstoffpreise nur moderat zulegen. Insgesamt dürfte der Preisindex der Bauinvestitionen im Jahr 2025 um 2,3 % und im Jahr 2026 um 2,2 % steigen.

Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen ergibt sich für die **Bruttoanlageinvestitionen** ein Rückgang um 0,9 % im laufenden Jahr und eine Ausweitung um 0,8 % im kommenden Jahr. Die Investitionsquote, gemessen als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am nominellen BIP, dürfte im vergangenen Jahr von 24,9 % auf 24,3 % zurückgegangen sein. Im Prognosezeitraum wird sie noch leicht um 0,2 Prozentpunkte sinken. Die gesamten realen **Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen) dürften im heurigen Jahr um 0,9 % sinken und im kommenden Jahr um 2,7 % expandieren.

3.4 Öffentliche Haushalte

Die **öffentlichen Haushalte** stehen vor großen Herausforderungen. Das Budget muss konsolidiert werden, während die Wirtschaftsleistung bestenfalls stagniert. Im abgelaufenen Jahr betrug das Defizit 4,0 %. Für das Jahr 2025 rechnet das Institut mit einem Defizit von 3,2 % des BIP und im Jahr darauf mit 3,2 % des BIP. Diese Prognose basiert auf der Annahme, dass die neue Bundesregierung die angekündigten Konsolidierungsmaßnahmen mit dem Ziel der Rückkehr auf einen nachhaltigen Budgetpfad umsetzt. Die Budgetprognose ist mit hohen Unsicherheiten behaftet. Zum Zeitpunkt der Prognose sind die Regierungsverhandlungen zur Erstellung des Doppelbudgets 2025/26 des Bundes im Gange. Die Ausgestaltung der Konsolidierungsmaßnahmen ist nicht vollständig bekannt. Eine Verschlechterung der Konjunktur oder höhere strukturelle Defizite könnten den Konsolidierungspfad zusätzlich belasten.

Bei den wirtschaftspolitischen Maßnahmen ist das Jahr 2025 durch einen deutlichen Rückgang der Budgetwirkung der krisenbedingten Maßnahmen gekennzeichnet.

Dies zeigt sich insbesondere am Auslaufen der meisten Teuerungsentlastungsmaßnahmen. Nur wenige Beschlüsse sind über das Jahr 2025 hinaus budgetwirksam. Dieser Entwicklung wirken Ausgaben entgegen, die beispielsweise infolge des Hochwassers in Niederösterreich im September 2024 beschlossen wurden. Ebenfalls belastet das im Vorjahr beschlossene Baupaket die Budgets. Die Dynamik der Staatseinnahmen hat sich im Jahr 2024 gegenüber dem Vorjahr deutlich abgeschwächt. Die Zurückhaltung der Verbraucher:innen und der Rückgang des Preisauftriebs dämpften die Einnahmen aus Konsum- und Verbrauchsteuern. Das Aufkommen der Gewinnsteuern sank aufgrund der schwachen konjunkturellen Entwicklung und durch die Reduktion des Körperschaftsteuersatzes zu Jahresbeginn. Sondereffekte ermöglichen im Jahr 2025 ein höheres Einnahmenwachstum. Die Energieabgaben des Bundes sowie die Ökostrompauschale und der Ökostromförderbeitrag werden wieder eingesetzt. Hinzu kommt die Erhöhung der nationalen CO₂-Abgabe von 45 auf 55 Euro pro Tonne CO₂. Eine nachlassende Dynamik der Arbeitnehmerentgelte führt zu einem geringeren Wachstum der Einnahmen aus der Lohnsteuer und den Sozialbeiträgen, wenngleich diese etwas stärker als das nominelle BIP expandieren.

Die Ausgaben des Staates stiegen im vergangenen Jahr kräftig. Insbesondere stiegen die Bezüge der öffentlich Bediensteten und die monetären Sozialleistungen deutlich stärker als die jahresdurchschnittliche Inflation. Darin spiegeln sich die hohe nominelle Anpassung der Pensionen und der konjunkturell bedingte Anstieg der Arbeitslosigkeit wider. Strukturelle Mehrausgaben im Rahmen des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern erhöhen ebenfalls die Ausgabenquote. Auch bei den Ländern und Gemeinden rechnet das Institut mit einem höheren Ausgabenwachstum. Die angekündigten Konsolidierungsmaßnahmen sollen die Ausgabenquote im Jahr 2025 senken. Dazu zählen unter anderem der Wegfall des Klimabonus, die Abschaffung der Bildungskarenz und eine (pauschale) Reduktion des Sachaufwandes der Bundesministerien. Im neuen Regierungsprogramm werden jedoch Mehrausgaben in den Bereichen Bildung und aktive Arbeitsmarktpolitik angekündigt. Die Marktzinsen für Staatsanleihen sind aufgrund der Ankündigung einer expansiven Fiskalpolitik in Deutschland gestiegen. Sollte sich diese Entwicklung als dauerhaft erweisen, würden auch die Zinsausgaben Österreichs mittelfristig steigen.

Das Institut erwartet einen Anstieg der Schuldenquote auf 81,1 % des BIP im Jahr 2024 und einen weiteren Anstieg auf 82,9 % bzw. 83,8 % in den Folgejahren. Die Regierung strebt eine Haushaltskonsolidierung ohne Defizitverfahren der Europäischen Kommission an. Dazu müssen einerseits die Konsolidierungsmaßnahmen konsequent umgesetzt werden. Gleichzeitig steht die neue Koalition vor der Herausforderung, das Budget nachhaltig neu zu ordnen und dabei möglichst

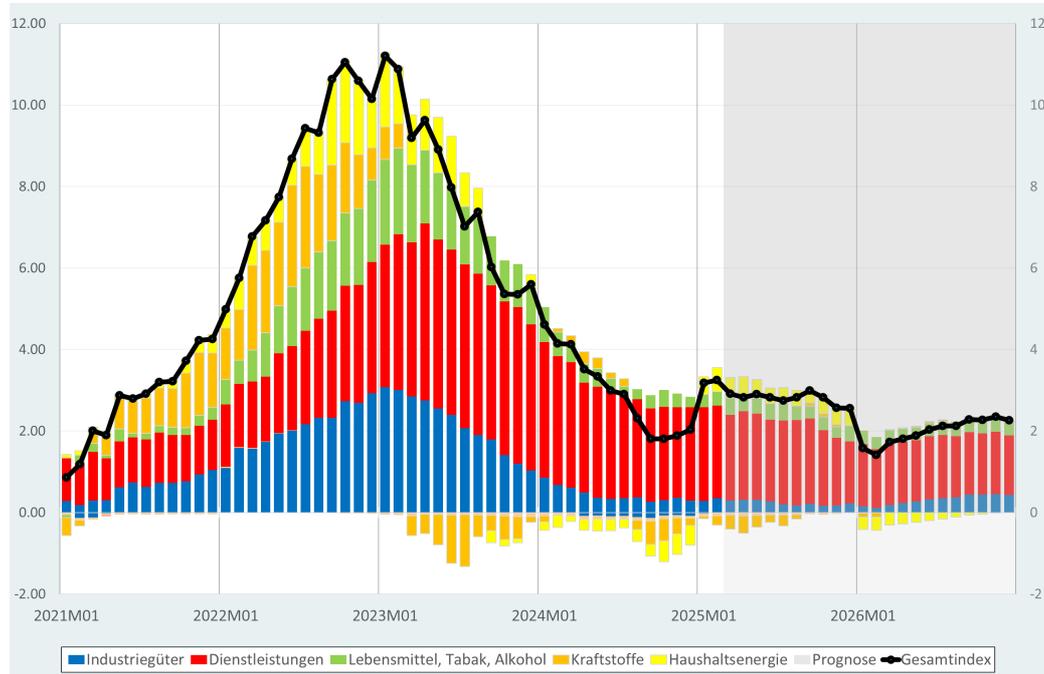
konjunkturschonend vorzugehen. Eine weitere Herausforderung könnten höhere Defizite der Länder und Gemeinden darstellen.

3.5 Löhne und Inflation

Die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** sind im Jahr 2024 um 8,3 % gestiegen. Sie liegen damit nahezu gleichauf mit der Entwicklung der Tariflöhne von 8,5 %. Nachdem die Lohnentwicklung aufgrund der etablierten Verhandlungspraxis der Sozialpartner sich an der rollierenden Inflation orientiert, die der aktuellen Inflation nachläuft, ergaben sich hohe Reallohnzuwächse von 5,1 % im Jahr 2024. Die aktuell beobachteten Werte für den Tariflohnindex aus dem Jänner und Februar liegen schon deutlich unter den Werten des Vorjahres. Die vergangenen Lohnabschlüsse liegen in der Größenordnung von rund 3 ¼ %. Neu ist, dass sowohl der Handel als auch der öffentliche Dienst einen 2-Jahres-Abschluss vereinbart haben, nachdem sich die Sozialpartner bereits im vergangenen Jahr in der Metallbranche darauf geeinigt hatten. Vereinbart wurde wiederum ein Ausgleich der Inflation (gemessen an der rollierenden Inflation) sowie ein Zuschlag, der zumeist 0,5 Prozentpunkte nicht übersteigt. Die Nominallöhne dürften daher im Jahr 2025 um knapp 3 ½ % steigen, im Jahr 2026 dann um gut 2 ¼ %. Gegeben die Inflationsentwicklung impliziert dies leicht steigende Reallöhne im Jahr 2025 und 2026.

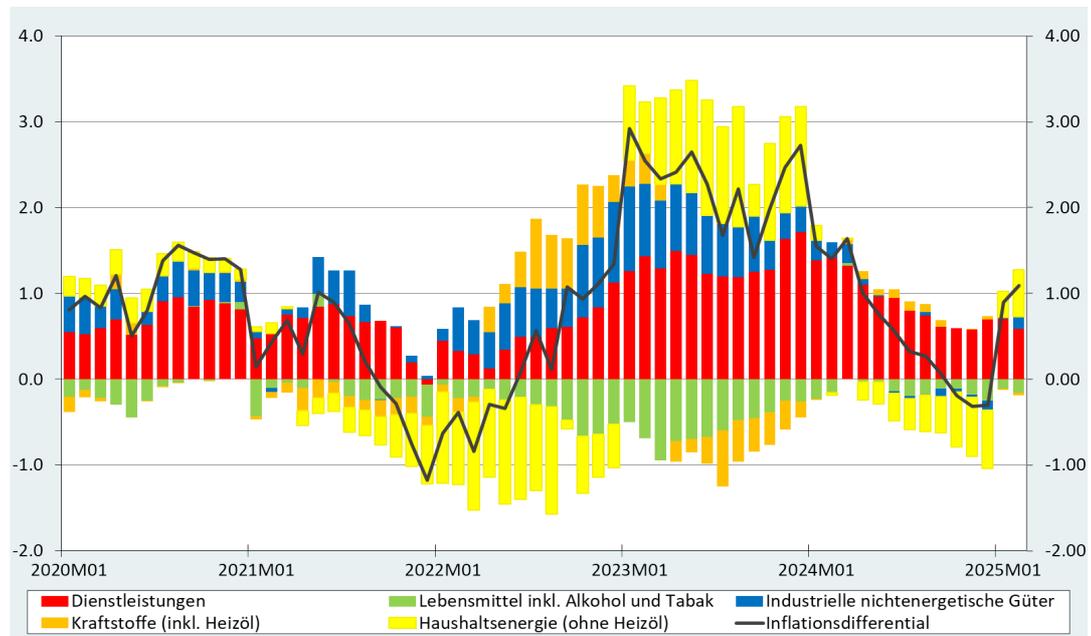
Im Jahresverlauf 2024 ist die mit dem Verbraucherpreisindex gemessene Inflation, insbesondere aufgrund der sinkenden Energiepreise, gefallen und erreichte ihren Tiefpunkt mit 1,8 % in den Monaten September und Oktober. Mit dem Auslaufen der Stromkostenbremse und anderer temporärer Maßnahmen bei den Energieabgaben ist die Inflation zu Jahresbeginn 2025 erwartungsgemäß wieder auf 3,2 % gestiegen. Die Kerninflation (Index ohne Nahrungsmittel und Energie) betrug im Februar 3,4 %. Gegeben die schwache Konjunktur und den langsamer steigenden Lohnstückkosten sollte der Preisauftrieb im Jahresverlauf etwas nachlassen. Der Ölpreis hat zu Beginn des Jahres angezogen, was sich aufgrund der schnellen Preisweitergabe an die Konsument:innen auch im VPI unmittelbar niederschlug. Für März zeichnet sich aber schon wieder eine Rückkehr des Ölpreises zum Niveau des letzten Halbjahres ab. Alles in allem wird im Jahresschnitt 2025 eine Inflationsrate von 2,9 % prognostiziert. Anfang 2026 fallen dann die Effekte der fiskalpolitischen Ausgleichsmaßnahmen endgültig aus der Berechnung der Inflationsrate heraus, was die Inflationsrate absinken lassen dürfte. Im kommenden Jahr geht das Institut daher von einer Inflationsrate von 2,0 % im Jahresdurchschnitt aus.

Abbildung 12: Inflation und Beiträge der Komponenten zur Inflation in Österreich
 Inflationsrate in Prozent; Inflationsbeträge in Prozentpunkten



Prognose basiert auf Subaggregaten des VPI; es kann zu Rundungsdifferenzen bei Summenbildung kommen. Heizöl wird dem Bereich Kraftstoffe zugerechnet und nicht dem Bereich Haushaltsenergie.
 Quelle: Statistik Austria, ab März 2025 Prognose des IHS

Abbildung 13: Struktur des Inflationsdifferenzials zum Euroraum



Quelle: Statistik Austria, Eurostat, eigene Berechnungen

Die Inflationsrate im Euroraum liegt mit 2,3 % im Februar gut einen Prozentpunkt niedriger als in Österreich, wobei hier im oben genannten Auslaufen der fiskalischen Maßnahmen der wesentliche Grund für das Auseinanderdriften der Teuerungsraten zu finden ist. Für den Euroraum geht das Institut von Inflationsraten von 2,1 % im Jahr 2025 und 2,3 % im Jahr 2026 aus.

3.6 Arbeitsmarkt

Angesichts der anhaltenden Konjunkturschwäche ist eine im historischen Vergleich stabile Arbeitsmarktlage zu konstatieren. Laut den saisonbereinigten Arbeitsmarktdaten stagniert die Beschäftigung seit Mitte 2023 und die Arbeitslosenquote hat im Februar 7,4 % betragen. Stagnierende Beschäftigung und leicht steigende Arbeitslosenzahlen sind auch für die kommenden Monate zu erwarten. Erst im Laufe des kommenden Jahres sollte die Beschäftigungsdynamik etwas an Fahrt gewinnen und die Arbeitslosenzahl zurückgehen. Laut Prognose legt die Beschäftigung im Jahr 2025 um 0,2 % und im Jahr 2026 um 0,5 % zu und die Arbeitslosenquote steigt auf 7,5 % und geht nächstes Jahr auf 7,3 % zurück.

Im Februar lag die **Aktiv-Beschäftigung** um 7.700 Personen bzw. 0,2 % über dem Vergleichswert des Vorjahres. Gestützt von der Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters stieg die Frauenbeschäftigung um 16.600 Personen, hingegen fiel die der Männer um 8.900. In sektoraler Hinsicht geht die Zahl der Arbeitsplätze in der Sachgüterproduktion und am Bau (-2,2 %) zurück, während der Dienstleistungsbereich weiter expandiert (0,9 %). Während die Beschäftigungsnachfrage im Gesundheitswesen und im öffentlichen Sektor kräftig steigt, verzeichneten Handel und Leiharbeit Arbeitsplatzverluste. In den kommenden Monaten dürfte es zu keiner Belebung der Beschäftigungsnachfrage kommen. Erst im Laufe des kommenden Jahres könnte die Beschäftigungsdynamik etwas an Fahrt gewinnen. Die demografisch bedingt nur schwache Ausweitung des Arbeitskräfteangebots, die hohen Lohnstückkosten sowie die Budgetkonsolidierung werden wohl dämpfend wirken. Somit erwartet das Institut für die Jahre 2025 und 2026 eine Zunahme der Beschäftigung um 0,2 % bzw. 0,5 %.

Tabelle 4: Arbeitsmarktentwicklung Jänner bis Februar 2025
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

	in Köpfen	in Prozent
Beschäftigte	7.715	0,2 %
Männer	-6.672	-0,3 %
Frauen	14.187	0,8 %
Aktiv-Beschäftigte ⁱ	9.968	0,3 %
Primärer Sektor	1.660	2,3 %
Sachgüterproduktion	-13.458	-2,1 %
Bau	-3.990	-1,6 %
Dienstleistungssektor	25.372	0,9 %
Arbeitslose	23.844	7,2 %
Männer	11.338	5,4 %
Frauen	12.506	10,1 %
Personen in Schulungsmaßnahmen des AMS	2.131	2,7 %

ⁱ ohne Personen mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis, die Kindergeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten

Quelle: Dachverband der Sozialversicherungsträger, AMS, eigene Berechnungen

Im Februar lag die Zahl der vorgemerkten **Arbeitslosen** um 25.800 Personen bzw. 8,0 % über dem Vorjahresniveau. Dabei stieg die Arbeitslosigkeit bei den Frauen (10,1 %) stärker als bei den Männern (6,7 %). In sektoraler Betrachtung legte die Arbeitslosenzahl breitflächig zu, überdurchschnittliche Anstiege verzeichnete der Bereich Information und Kommunikation (19,7 %), die Sachgüterproduktion (16,4 %) und der Handel (9,9 %). Deutlich schwächer war die Zunahme in den Bereichen persönliche Dienstleistungen (5,6 %) und am Bau (3,2 %).

In den kommenden Monaten dürfte die Arbeitslosenzahl in unverändertem Tempo expandieren. Mit der konjunkturellen Erholung sollte sich der Aufbau der Arbeitslosigkeit deutlich verlangsamen und im Jahresverlauf 2026 dürfte die Arbeitslosenzahl wieder sinken. Ausgehend von 298.000 vorgemerkten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2024 steigt deren Zahl laut Prognose auf 321.000 im laufenden Jahr und wird 2026 auf 315.000 zurückgehen. Dies impliziert für die (nationale) Arbeitslosenquote Werte von 7,5 % bzw. 7,3 %.

In der aktuellen Rezession bremst das nur langsam zunehmende Arbeitskräfteangebot in Köpfen und das im Vorjahr rückläufige Arbeitsvolumen den Anstieg der Arbeitslosigkeit. Längerfristig betrachtet besteht jedoch ein Mangel an Fachkräften, eventuell sogar ein allgemeiner Arbeitskräftemangel. Folglich müssen bestehende Arbeitsmarktpotenziale gehoben werden. Dies erfordert etwa verstärkte Integrationsmaßnahmen im Bereich der Migration, aber auch einen weiteren Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen. Zusätzliche Anstrengungen zur Hebung des effektiven Pensionsantrittsalters sind wohl auch notwendig. Vor dem Hintergrund der budgetären Situation ist es erforderlich, die Mittel für Arbeitsmarktpolitik effizient einzusetzen. Die demografische Entwicklung, Digitalisierung und die ökologische Transformation bedeuten beträchtliche Herausforderungen für den Arbeitsmarkt. Die aktive Arbeitsmarktpolitik ist daher weiterhin gefordert, die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitslosen, aber auch der aktuell Beschäftigten, durch gezielte Unterstützungsmaßnahmen zu erhöhen.

3.7 Monetäre Entwicklungen

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihre Leitzinssenkungen im Jänner und März fortgeführt, die Bank of England und die Schweizerische Nationalbank haben im laufenden Jahr einen Zinsschritt nach unten vollzogen. Die Fed hingegen beließ ihren Leitzinssatz im laufenden Jahr bisher konstant. Der Einlagesatz im Euroraum liegt damit gegenwärtig bei 2,5 %, das Zielband für Taggeld in den USA beträgt 4,25 % bis 4,5 % und im Vereinigten Königreich liegt der Repo-Satz bei 4,5 %. Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, ist seit ihrem Höhepunkt im Oktober 2022 (10,6 %) kräftig zurückgegangen und betrug im Februar 2,4 %. Die Inflationsrate bewegt sich damit deutlich in Richtung der EZB-Zielmarke von 2 %. Für die Jahresdurchschnitte 2025 und 2026 erwartet das Institut im Euroraum Inflationsraten von 2,1 % bzw. 2,3 %.

Im Euroraum wurden die Leitzinsen zuletzt im März gesenkt. Der Einlagesatz, der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte und der Spitzenrefinanzierungssatz liegen damit gegenwärtig bei 2,5 %, 2,65 % bzw. 2,9 %. Im Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) werden seit Juli 2023 fällige Beträge nicht mehr reinvestiert, im Pandemie-Notfallankaufprogramm (PEPP) gilt dies seit Jänner 2025. Insgesamt betragen die Bestände in den beiden Ankaufprogrammen rund 4.200 Milliarden Euro und dürften bei gleichbleibender Abbaugeschwindigkeit in spätestens neun Jahren vollständig abgebaut sein.

Tabelle 5: Leitzinsen

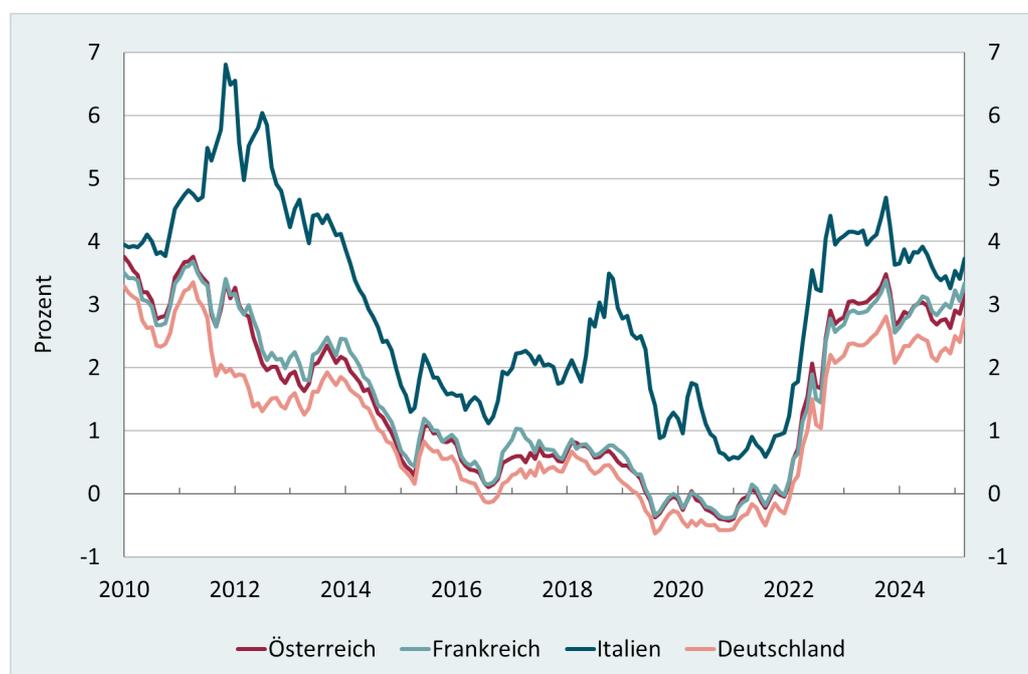
	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2022	2	4,25 – 4,5	3,5	1	-0,1
Ende 2023	4	5,25 – 5,5	5,25	1,75	-0,1
Ende 2024	3	4,25 – 4,5	4,75	0,5	0,25
21.3.2025	2,5	4,25 – 4,5	4,5	0,25	0,5

Für den Euroraum wird seit Herbst 2024 der Zinssatz für die Einlagefazilität (Einlagesatz) der EZB berichtet.

Quelle: Nationale Zentralbanken, LSEG Datastream

Die Geldmarktzinsen im Euroraum sind zuletzt im Einklang mit den Zinssenkungen der EZB etwas zurückgegangen und der 3-Monats-Euribor notierte im Durchschnitt des ersten Quartals bei 2,6 %. Damit ist er gegenüber dem Vorquartal um rund 40 Basispunkte und gegenüber dem Vorjahresquartal um rund 130 Basispunkte gesunken. Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut im Einklang mit der Zinspolitik der EZB zunächst einen weiteren leichten Rückgang und danach weitgehend konstante Zinsen. Der 3-Monats-Euribor sollte in den Jahren 2025 und 2026 durchschnittlich 2,4 % bzw. 2,3 % betragen.

Abbildung 14: Renditen zehnjähriger Staatsanleihen



Quelle: LSEG Datastream

Die Renditen von Staatsanleihen im Euroraum sind zuletzt gestiegen, angetrieben insbesondere durch die jüngst beschlossene Ausweitung der Verteidigungs- und Infrastrukturausgaben in Deutschland und die geplante massive Erhöhung der Verteidigungsausgaben in der Europäischen Union (Abbildung 14). Im ersten Quartal des laufenden Jahres notierten österreichische und deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren zu durchschnittlich 3,0 % bzw. 2,6 %. Dies bedeutet einen Anstieg der Renditen im Vergleich zum Vorquartal um rund 30 Basispunkte und einen Anstieg im Vergleich zum Vorjahresquartal um etwa 15 bzw. 30 Basispunkte. Das Institut rechnet gegenwärtig damit, dass die Renditen von Staatsanleihen im Euroraum in etwa auf ihren Niveaus verharren. Für die Jahre 2025 und 2026 wird für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren eine durchschnittliche Rendite von jeweils 3,1 % prognostiziert.

Im Durchschnitt des ersten Quartals 2025 betrug der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar 1,05 USD/EUR. Damit hat der Euro gegenüber dem Vorquartal und gegenüber dem Vorjahresquartal leicht abgewertet (um rund 1 % bzw. 3 %). Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut durchschnittliche Jahreskurse von jeweils 1,09 USD/EUR.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung der Einlagen und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich ansässigen monetären Finanzinstituten in den Jahren 2025 und 2026 fällt wie folgt aus. Die Einlagen inländischer Nichtbanken sollten um 2,7 % bzw. 0,7 % steigen. Für das Kreditvolumen an inländische Nichtbanken prognostiziert das Institut eine Ausweitung um 1,8 % bzw. 1,4 %.

4 Tabellenanhang

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	372,565 1,8%	349,025 -6,3%	365,762 4,8%	385,068 5,3%	381,391 -1,0%	376,914 -1,2%	376,190 -0,2%	380,246 1,1%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	395,707 3,3%	380,318 -3,9%	406,232 6,8%	448,007 10,3%	473,227 5,6%	481,940 1,8%	491,966 2,1%	507,006 3,1%
DEFLATOR DES BIP (2015=100)	106,212 1,5%	108,966 2,6%	111,065 1,9%	116,345 4,8%	124,079 6,6%	127,865 3,1%	130,776 2,3%	133,336 2,0%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2020=100)	98,614 1,5%	100,000 1,4%	102,800 2,8%	111,600 8,6%	120,300 7,8%	123,800 2,9%	127,390 2,9%	129,938 2,0%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	51,792 2,5%	52,713 1,8%	53,936 2,3%	56,554 4,9%	60,377 6,8%	65,388 8,3%	67,513 3,3%	69,032 2,3%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3720,041 1,6%	3643,933 -2,0%	3734,366 2,5%	3844,570 3,0%	3889,419 1,2%	3897,774 0,2%	3905,569 0,2%	3925,097 0,5%
ARBEITSLOSENQUOTE NATIONALE DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	7,352 -0,348	9,926 2,574	8,019 -1,907	6,300 -1,720	6,406 0,106	6,994 0,589	7,484 0,490	7,314 -0,171

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
PRIVATER KONSUM	188,130 0,7%	173,878 -7,6%	182,143 4,8%	191,088 4,9%	190,186 -0,5%	190,342 0,1%	191,784 0,8%	193,604 0,9%
ÖFFENTLICHER KONSUM	71,854 1,3%	71,267 -0,8%	76,707 7,6%	76,269 -0,6%	77,174 1,2%	78,396 1,6%	77,220 -1,5%	76,448 -1,0%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	92,844 4,3%	87,900 -5,3%	93,161 6,0%	93,507 0,4%	90,504 -3,2%	87,397 -3,4%	86,595 -0,9%	87,268 0,8%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	1,650 0,4	1,461 0,4	5,884 1,6	10,440 2,7	-0,077 0,0	-3,673 -1,0	-3,673 -1,0	-2,173 -0,6
INLANDSNACHFRAGE	356,499 0,8%	336,297 -5,7%	359,669 6,9%	372,679 3,6%	359,464 -3,5%	353,862 -1,6%	353,358 -0,1%	356,601 0,9%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	16,104 4,3	12,587 3,6	5,400 1,5	11,952 3,1	21,115 5,5	21,832 5,8	21,632 5,8	22,445 5,9
BIP ZU MARKTPREISEN	372,565 1,8%	349,025 -6,3%	365,762 4,8%	385,068 5,3%	381,391 -1,0%	376,914 -1,2%	376,190 -0,2%	380,246 1,1%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
PRIVATER KONSUM	0,352	-3,867	2,357	2,438	-0,240	0,043	0,399	0,508
ÖFFENTLICHER KONSUM	0,249	-0,161	1,627	-0,125	0,244	0,329	-0,330	-0,218
BRUTTOINVESTITIONEN	-0,152	-1,386	2,780	1,369	-3,801	-1,884	-0,209	0,573
ANLAGEINVESTITIONEN	1,035	-1,336	1,504	0,096	-0,818	-0,855	-0,223	0,188
LAGERVERÄNDERUNGEN	-1,187	-0,051	1,267	1,245	-2,731	-0,943	0,000	0,399
EXPORTE I.W.S.	2,248	-5,863	4,896	5,593	-0,261	-2,541	0,309	1,049
WAREN	1,369	-2,920	4,543	2,468	-0,159	-2,478	0,098	0,585
DIENSTLEISTUNGEN	0,879	-2,943	0,353	3,125	-0,102	-0,063	0,211	0,465
IMPORTE I.W.S.	-1,239	5,008	-6,816	-3,900	2,869	2,892	-0,377	-0,877
WAREN	-0,227	2,472	-5,256	-1,232	3,443	2,888	-0,148	-0,554
DIENSTLEISTUNGEN	-1,012	2,536	-1,560	-2,667	-0,574	0,004	-0,229	-0,323
BRUTTOINLANDSPRODUKT	1,755	-6,318	4,795	5,278	-0,955	-1,174	-0,192	1,078

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
HAUSHALTSSPARQUOTE	7,2	13,6	11,4	8,8	8,7	11,6	9,7	9,1
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,5	6,3	-2,2	-2,6	-0,1	2,9	-1,8	-0,7
INVESTITIONSQUOTE	25,1	25,1	25,9	25,5	24,9	24,3	24,2	24,1
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,8	0,1	0,7	-0,4	-0,6	-0,6	-0,1	0,0
REALZINSSATZ	-1,41	-2,82	-1,94	-3,04	-3,57	-0,21	0,86	1,16
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,28	-1,40	0,88	-1,10	-0,53	3,36	1,07	0,30
HVPI - HARMONISIRTER VERBRAUCHERPREISINDEX	106,98 1,5%	108,47 1,4%	111,46 2,8%	121,07 8,6%	130,40 7,7%	134,21 2,9%	138,24 3,0%	141,00 2,0%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	48,246 0,8%	48,604 0,7%	48,733 0,3%	47,411 -2,7%	46,707 -1,5%	49,088 5,1%	49,255 0,3%	49,376 0,2%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	10,015 0,1%	9,578 -4,4%	9,794 2,3%	10,016 2,3%	9,806 -2,1%	9,670 -1,4%	9,632 -0,4%	9,688 0,6%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	134,811 2,4%	143,467 6,4%	143,553 0,1%	147,193 2,5%	160,509 9,0%	176,223 9,8%	182,718 3,7%	185,760 1,7%
ARBEITSLOSENQUOTE EU DEF.-2021	4,8	6,1	6,2	4,8	5,1	5,2	5,4	5,3
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,4	1,3	0,1	-1,4	0,3	0,1	0,2	-0,1
BUDGETSALDO MAASTRICHT (% DES BIP)	0,5	-8,2	-5,7	-3,3	-2,6	-4,0	-3,2	-3,2
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,3	-8,7	2,5	2,4	0,7	-1,4	0,8	0,0

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	194,814 2,4%	181,205 -7,0%	193,288 6,7%	218,950 13,3%	235,550 7,6%	242,770 3,1%	251,559 3,6%	258,899 2,9%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,171 4,7%	7,395 3,1%	8,396 13,5%	9,016 7,4%	10,305 14,3%	11,250 9,2%	11,705 4,0%	12,178 4,0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	78,029 3,8%	81,044 3,9%	88,623 9,4%	92,347 4,2%	98,192 6,3%	105,911 7,9%	107,452 1,5%	107,973 0,5%
BRUTTOINVESTITIONEN	100,941 1,7%	97,563 -3,3%	112,418 15,2%	130,938 16,5%	120,238 -8,2%	107,479 -10,6%	106,268 -1,1%	111,884 5,3%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	53,569 6,2%	50,370 -6,0%	54,953 9,1%	58,948 7,3%	64,218 8,9%	65,189 1,5%	65,983 1,2%	67,976 3,0%
BAUINVESTITIONEN	45,675 6,9%	45,220 -1,0%	50,162 10,9%	55,178 10,0%	53,621 -2,8%	52,080 -2,9%	53,012 1,8%	54,449 2,7%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,569 0,540	0,264 -0,305	-0,040 -0,304	-1,191 -1,151	-1,066 0,125	-1,429 -0,362	-1,457 -0,029	-1,486 -0,029
INLANDSNACHFRAGE	382,735 2,4%	367,704 -3,9%	401,518 9,2%	445,067 10,8%	463,217 4,1%	465,981 0,6%	475,526 2,0%	489,448 2,9%
EXPORTE I.W.S.	221,183 3,6%	196,484 -11,2%	227,300 15,7%	277,597 22,1%	281,402 1,4%	274,337 -2,5%	280,942 2,4%	290,366 3,4%
IMPORTE I.W.S.	207,000 2,5%	183,637 -11,3%	223,753 21,8%	279,649 25,0%	271,392 -3,0%	258,378 -4,8%	264,502 2,4%	272,807 3,1%
BIP ZU MARKTPREISEN	395,707 3,3%	380,318 -3,9%	406,232 6,8%	448,007 10,3%	473,227 5,6%	481,940 1,8%	491,966 2,1%	507,006 3,1%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	181,475 0,7%	167,079 -7,9%	174,642 4,5%	183,556 5,1%	182,219 -0,7%	182,252 0,0%	183,528 0,7%	185,179 0,9%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	6,659 1,3%	6,801 2,1%	7,502 10,3%	7,537 0,5%	7,971 5,8%	8,093 1,5%	8,255 2,0%	8,420 2,0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	71,854 1,3%	71,267 -0,8%	76,707 7,6%	76,269 -0,6%	77,174 1,2%	78,396 1,6%	77,220 -1,5%	76,448 -1,0%
BRUTTOINVESTITIONEN	94,495 -0,6%	89,361 -5,4%	99,045 10,8%	103,947 4,9%	90,428 -13,0%	83,724 -7,4%	82,939 -0,9%	85,137 2,7%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	51,540 4,9%	47,978 -6,9%	51,676 7,7%	52,674 1,9%	53,961 2,4%	53,013 -1,8%	52,350 -1,3%	52,873 1,0%
BAUINVESTITIONEN	41,312 3,5%	39,881 -3,5%	41,502 4,1%	40,947 -1,3%	37,159 -9,3%	35,137 -5,4%	34,961 -0,5%	35,136 0,5%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1,978 1,020	1,931 -0,047	2,465 0,535	1,808 -0,658	2,485 0,678	2,616 0,131	2,616 0,000	2,616 0,000
INLANDSNACHFRAGE	356,499 0,8%	336,297 -5,7%	359,669 6,9%	372,679 3,6%	359,464 -3,5%	353,862 -1,6%	353,358 -0,1%	356,601 0,9%
EXPORTE I.W.S.	215,882 4,0%	193,238 -10,5%	211,551 9,5%	232,698 10,0%	231,717 -0,4%	221,816 -4,3%	223,020 0,5%	227,118 1,8%
IMPORTE I.W.S.	199,777 2,4%	180,651 -9,6%	206,150 14,1%	220,747 7,1%	210,602 -4,6%	199,983 -5,0%	201,388 0,7%	204,673 1,6%
BIP ZU MARKTPREISEN	372,565 1,8%	349,025 -6,3%	365,762 4,8%	385,068 5,3%	381,391 -1,0%	376,914 -1,2%	376,190 -0,2%	380,246 1,1%

TAB. 4: PREISINDIZES (2015 = 100)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	107,350 1,7%	108,455 1,0%	110,677 2,0%	119,283 7,8%	129,268 8,4%	133,206 3,0%	137,069 2,9%	139,810 2,0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	108,594 2,5%	113,720 4,7%	115,534 1,6%	121,080 4,8%	127,235 5,1%	135,098 6,2%	139,151 3,0%	141,238 1,5%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	106,892 2,2%	108,748 1,7%	112,832 3,8%	122,051 8,2%	130,203 6,7%	134,180 3,1%	137,415 2,4%	140,286 2,1%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	103,935 1,2%	104,985 1,0%	106,342 1,3%	111,911 5,2%	119,008 6,3%	122,969 3,3%	126,043 2,5%	128,564 2,0%
BAUINVESTITIONEN	110,561 3,3%	113,388 2,6%	120,866 6,6%	134,754 11,5%	144,304 7,1%	148,220 2,7%	151,629 2,3%	154,965 2,2%
INLANDSNACHFRAGE	107,359 1,6%	109,339 1,8%	111,635 2,1%	119,424 7,0%	128,863 7,9%	131,684 2,2%	134,573 2,2%	137,254 2,0%
EXPORTE I.W.S.	102,456 -0,4%	101,680 -0,8%	107,445 5,7%	119,295 11,0%	121,442 1,8%	123,678 1,8%	125,971 1,9%	127,848 1,5%
IMPORTE I.W.S.	103,615 0,2%	101,653 -1,9%	108,539 6,8%	126,683 16,7%	128,865 1,7%	129,200 0,3%	131,339 1,7%	133,290 1,5%
BIP ZU MARKTPREISEN	106,212 1,5%	108,966 2,6%	111,065 1,9%	116,345 4,8%	124,079 6,6%	127,865 3,1%	130,776 2,3%	133,336 2,0%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
WARENEXPORTE	152,509 2,3%	139,300 -8,7%	167,053 19,9%	198,490 18,8%	197,589 -0,5%	188,440 -4,6%	191,745 1,8%	197,054 2,8%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	50,480 7,5%	46,800 -7,3%	52,511 12,2%	62,451 18,9%	63,588 1,8%	64,579 1,6%	66,855 3,5%	70,068 4,8%
REISEVERKEHR	18,194 4,2%	10,384 -42,9%	7,737 -25,5%	16,656 115,3%	20,225 21,4%	21,318 5,4%	22,342 4,8%	23,244 4,0%
EXPORTE I.W.S.	221,183 3,6%	196,484 -11,2%	227,300 15,7%	277,597 22,1%	281,402 1,4%	274,337 -2,5%	280,942 2,4%	290,366 3,4%
WARENIMPORTE	148,038 0,3%	134,774 -9,0%	167,230 24,1%	207,210 23,9%	193,533 -6,6%	178,306 -7,9%	181,705 1,9%	186,736 2,8%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	49,310 9,5%	45,361 -8,0%	50,888 12,2%	62,147 22,1%	65,594 5,5%	66,620 1,6%	68,802 3,3%	71,512 3,9%
REISEVERKEHR	9,652 4,6%	3,502 -63,7%	5,636 60,9%	10,293 82,6%	12,266 19,2%	13,451 9,7%	13,995 4,0%	14,560 4,0%
IMPORTE I.W.S.	207,000 2,5%	183,637 -11,3%	223,753 21,8%	279,649 25,0%	271,392 -3,0%	258,378 -4,8%	264,502 2,4%	272,807 3,1%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
WARENEXPORTE	150,988 3,5%	139,548 -7,6%	156,857 12,4%	166,271 6,0%	165,674 -0,4%	155,843 -5,9%	156,232 0,3%	158,576 1,5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	47,679 6,1%	44,084 -7,5%	48,050 9,0%	52,693 9,7%	50,347 -4,5%	49,870 -0,9%	50,368 1,0%	51,753 2,8%
REISEVERKEHR	17,185 2,9%	9,782 -43,1%	7,080 -27,6%	14,054 98,5%	16,013 13,9%	16,254 1,5%	16,539 1,8%	16,869 2,0%
EXPORTE I.W.S.	215,882 4,0%	193,238 -10,5%	211,551 9,5%	232,698 10,0%	231,717 -0,4%	221,816 -4,3%	223,020 0,5%	227,118 1,8%
WARENIMPORTE	143,165 0,6%	133,705 -6,6%	153,536 14,8%	158,132 3,0%	146,361 -7,4%	136,025 -7,1%	136,569 0,4%	138,618 1,5%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	47,336 8,0%	43,601 -7,9%	47,418 8,8%	53,848 13,6%	54,757 1,7%	54,290 -0,9%	54,969 1,3%	56,013 1,9%
REISEVERKEHR	9,265 3,1%	3,366 -63,7%	5,251 56,0%	8,918 69,8%	10,239 14,8%	10,691 4,4%	10,905 2,0%	11,123 2,0%
IMPORTE I.W.S.	199,777 2,4%	180,651 -9,6%	206,150 14,1%	220,747 7,1%	210,602 -4,6%	199,983 -5,0%	201,388 0,7%	204,673 1,6%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2015 = 100)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
WARENEXPORTE	101,007 -1,1%	99,823 -1,2%	106,500 6,7%	119,377 12,1%	119,264 -0,1%	120,917 1,4%	122,730 1,5%	124,265 1,3%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	105,875 1,3%	106,160 0,3%	109,284 2,9%	118,519 8,5%	126,299 6,6%	129,496 2,5%	132,733 2,5%	135,388 2,0%
REISEVERKEHR	105,875 1,3%	106,160 0,3%	109,284 2,9%	118,519 8,5%	126,299 6,6%	131,153 3,8%	135,087 3,0%	137,789 2,0%
EXPORTE I.W.S.	102,456 -0,4%	101,680 -0,8%	107,445 5,7%	119,295 11,0%	121,442 1,8%	123,678 1,8%	125,971 1,9%	127,848 1,5%
WARENIMPORTE	103,404 -0,3%	100,799 -2,5%	108,919 8,1%	131,036 20,3%	132,230 0,9%	131,083 -0,9%	133,049 1,5%	134,713 1,3%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	104,170 1,4%	104,036 -0,1%	107,318 3,2%	115,411 7,5%	119,791 3,8%	122,712 2,4%	125,166 2,0%	127,669 2,0%
REISEVERKEHR	104,170 1,4%	104,036 -0,1%	107,318 3,2%	115,411 7,5%	119,791 3,8%	125,812 5,0%	128,329 2,0%	130,895 2,0%
IMPORTE I.W.S.	103,615 0,2%	101,653 -1,9%	108,539 6,8%	126,683 16,7%	128,865 1,7%	129,200 0,3%	131,339 1,7%	133,290 1,5%
TERMS OF TRADE, GESAMT	98,881 -0,6%	100,026 1,2%	98,992 -1,0%	94,168 -4,9%	94,240 0,1%	95,726 1,6%	95,913 0,2%	95,917 0,0%
TERMS OF TRADE, GÜTER	97,682 -0,9%	99,031 1,4%	97,779 -1,3%	91,103 -6,8%	90,194 -1,0%	92,244 2,3%	92,244 0,0%	92,244 0,0%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
IMPORTQUOTE, GESAMT	52,311	48,285	55,080	62,421	57,349	53,612	53,764	53,808
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,364	-4,026	6,795	7,341	-5,071	-3,737	0,152	0,043
IMPORTQUOTE, GÜTER	37,411	35,437	41,166	46,251	40,897	36,998	36,934	36,831
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1,101	-1,974	5,729	5,085	-5,355	-3,899	-0,063	-0,103
EXPORTQUOTE, GESAMT	55,896	51,663	55,953	61,963	59,465	56,923	57,106	57,271
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,194	-4,233	4,290	6,009	-2,498	-2,541	0,183	0,165
EXPORTQUOTE, GÜTER	38,541	36,627	41,123	44,305	41,754	39,100	38,975	38,866
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,348	-1,914	4,495	3,182	-2,551	-2,653	-0,125	-0,109

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5915,786 0,2%	5925,641 0,2%	5931,03 0,1%	5979,620 0,8%	6016,521 0,6%	6016,375 0,0%	5998,283 -0,3%	5976,000 -0,4%
ERWERBSQUOTE	77,669 0,9%	78,007 0,4%	78,212 0,3%	78,347 0,2%	78,742 0,5%	79,131 0,5%	79,875 0,9%	80,410 0,7%
ERWERBSPERSONEN	4594,732 1,0%	4622,403 0,6%	4638,782 0,4%	4684,854 1,0%	4.737,530 1,1%	4.760,846 0,5%	4791,147 0,6%	4805,330 0,3%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3698,881 0,0%	3704,422 0,1%	3685,344 -0,5%	3665,132 -0,5%	3653,137 -0,3%	3635,155 -0,5%	3614,800 -0,6%	3581,929 -0,9%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	895,851 5,5%	917,981 2,5%	953,438 3,9%	1019,722 7,0%	1084,393 6,3%	1125,691 3,8%	1176,347 4,5%	1223,401 4,0%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	496,100 0,5%	495,600 -0,1%	502,100 1,3%	508,100 1,2%	510,500 0,5%	502,332 -1,6%	502,332 0,0%	503,337 0,2%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	4098,632 1,1%	4126,803 0,7%	4136,682 0,2%	4176,754 1,0%	4227,030 1,2%	4258,514 0,7%	4288,815 0,7%	4301,993 0,3%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3720,041 1,6%	3643,933 -2,0%	3734,366 2,5%	3844,570 3,0%	3889,419 1,2%	3897,773667 0,2%	3905,569 0,2%	3925,097 0,5%
KINDERGELDBEZIEHENDE UND PRÄSENZDIENSTLEISTENDE	77,263 -3,9%	73,231 -5,2%	70,575 -3,6%	69,063 -2,1%	66,838 -3,2%	62,889 -5,9%	62,260 -1,0%	62,260 0,0%
ARBEITSLOSE	301,328 -3,5%	409,639 35,9%	331,741 -19,0%	263,121 -20,7%	270,773 2,9%	297,851 10,0%	320,986 7,8%	314,636 -2,0%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	7,352 -0,348	9,926 2,574	8,019 -1,907	6,300 -1,720	6,406 0,106	6,994 0,589	7,484 0,490	7,314 -0,171

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	192,668 4,2%	192,084 -0,3%	201,416 4,9%	217,424 7,9%	234,830 8,0%	254,793 8,5%	263,676 3,5%	270,957 2,8%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	155,472 1,6%	156,077 0,4%	167,375 7,2%	180,641 7,9%	184,131 1,9%	170,115 -7,6%	167,836 -1,3%	172,573 2,8%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	48,832 3,1%	32,217 -34,0%	38,209 18,6%	49,942 30,7%	54,266 8,7%	57,031 5,1%	60,453 6,0%	63,476 5,0%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	395,707 3,3%	380,318 -3,9%	406,232 6,8%	448,007 10,3%	473,227 5,6%	481,940 1,8%	491,966 2,1%	507,006 3,1%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	-0,899 -77,3%	4,185 -565,8%	6,700 60,1%	2,015 -69,9%	0,192 -90,4%	0,297 54,3%	0,303 2,0%	0,309 2,0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	76,783 5,1%	79,778 3,9%	83,736 5,0%	91,967 9,8%	99,365 5,8%	103,091 3,8%	106,957 3,8%	110,433 3,3%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	318,025 3,9%	304,725 -4,2%	329,197 8,0%	358,056 8,8%	374,054 4,5%	379,146 1,4%	385,312 1,6%	396,882 3,0%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3,503 -10,0%	-3,768 7,5%	-2,857 -24,2%	-3,353 17,4%	-3,355 0,1%	-3,607 7,5%	-3,715 3,0%	-3,827 3,0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	314,522 4,0%	300,957 -4,3%	326,340 8,4%	354,703 8,7%	370,699 4,5%	375,539 1,3%	381,597 1,6%	393,055 3,0%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRES DURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
EINLAGEN VON INLÄNDISCHEN NICHTBANKEN	380,636 4,3%	403,721 6,1%	425,328 5,4%	438,894 3,2%	437,649 -0,3%	452,587 2,9%	464,807 2,7%	468,060 0,7%
KREDITVOLUMEN (FORDERUNGEN AN INLÄNDISCHE NICHTBANKEN)	365,034 4,4%	380,664 4,3%	396,232 4,1%	423,029 6,8%	432,855 2,3%	435,438 0,5%	443,276 1,8%	449,481 1,4%
EURIBOR 3M	-0,36	-0,43	-0,55	0,35	3,43	3,57	2,41	2,28
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,04	-0,07	-0,12	0,90	3,09	0,14	-1,16	-0,13
ÖSTERREICHISCHE BENCHMARKRENDITE 10J	0,06	-0,22	-0,09	1,72	3,08	2,84	3,14	3,12
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,62	-0,28	0,14	1,80	1,36	-0,24	0,30	-0,02

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
USD/EUR	1,12 -5,1%	1,14 1,8%	1,18 3,5%	1,05 -11,0%	1,08 2,9%	1,08 0,0%	1,09 0,9%	1,09 0,0%
GBP/EUR	0,88 0,0%	0,89 1,1%	0,86 -3,4%	0,85 -1,2%	0,87 2,4%	0,85 -2,3%	0,83 -2,4%	0,84 1,2%
YEN/EUR	122,09 -6,4%	121,81 -0,2%	129,85 6,6%	138,02 6,3%	152,00 10,1%	163,80 7,8%	157,87 -3,6%	153,47 -2,8%
CHF/EUR	1,11 -3,5%	1,07 -3,6%	1,08 0,9%	1,01 -6,5%	0,97 -4,0%	0,95 -2,1%	0,95 0,0%	0,95 0,0%

TAB. 13: STATISTISCHE KOMPONENTEN DER BIP-VERÄNDERUNG

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
STATISTISCHER ÜBERHANG ¹	1,2%	-0,2%	1,1%	2,9%	0,7%	-0,9%	-0,5%	0,3%
JAHRESVERLAUFSRATE ²	0,4%	-5,3%	6,9%	3,1%	-2,4%	-0,9%	0,6%	1,2%
JAHRESVERÄNDERUNGSRATE ³	1,8%	-6,3%	4,8%	5,3%	-1,0%	-1,2%	-0,2%	1,1%

1) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres

2) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum vierten Quartal des Vorjahres

3) Jahresveränderungsrate des nicht saison- und kalenderbereinigten realen BIP (Ursprungswerte)